

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graubühne 27, und durch Postbestellung zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.75, frei ins Haus 2.90, wo keine Post am Orte, 3.24.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Hermann Gumbel. Expedition: Neue Graubühne 27, Breslau. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.75, frei ins Haus 2.90, wo keine Post am Orte, 3.24.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1204.

Nr. 203.

Breslau, Mittwoch, den 31. August 1910.

21. Jahrgang.

Das Volksfest der Internationale.

Kopenhagen, 28. August 1910.

Festzug und Volksfest in Søndermarken.

Der Sonntag Nachmittag gehörte dem Festzug und dem Meeting in dem südlichen Part Søndermarken, der von der kopenhagener Partei für diesen Tag gemietet worden war und zu dem nur die Teilnehmer mit dem roten Festabzeichen Zutritt hatten. Um 4 Uhr setzte sich der Zug am Westerboulevard in Bewegung und marschierte in unübersehbarer Fülle den fünfviertelständigen Weg zu dem herrlichen, mit allen Laubbäumen bestandenen Park Heron. Hier trafen die Delegierten von allen Kontinenten zusammen und schlossen sich mit ihren Frauen, Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten und Abgeordneten, alle blumengeschmückt, folgen alsdann.

Auf drei weißen Bannern standen die Aufschriften: „Es lebe die Internationale!“, „Es lebe die internationale Verbrüderung der Arbeiter gegen den Kapitalismus!“, 35 Musikkorps schritten im Zuge und unzählige rote Banner leuchteten über ihm. Schulleute bahnten dem Zuge einen Weg durch die auf beiden Seiten der Straßen entlang gedrängten Menschen. Fast alle Teilnehmer des Zuges trugen Blumen oder Girlanden mit Kränzen für einen Deutschen besonders auffällig war die latente Ableitung der sozialistischen Propaganda in ihren weitläufig leuchtenden scharlachroten Sonnenuniformen. Man sah im Zuge ferner die Gewerkschaft der Maschinenfabrikanten Kopenhagens. Vor dem langen Zuge der Metallarbeiter flatterte ein weißes Banner, auf dem eine Inschrift verkündete, daß die Internationale dieser Gewerkschaft 800.000 Mitglieder zählt. In der Spitze dieser Abteilung, die allein 22 Banner mit sich führte, schritten die Delegierten der deutschen Metallarbeiter, unter ihnen Reichstagsabgeordneter Severing. Zahlreich sah man auch

Soldaten mit Festzeichen

am Straßenrande und im Zuge. Triumphbogen, Banner und Kränze schmückten die Straßen. Vereine aller Art, Feuerwehrlinien, Seelen etc. marschierten vorüber. Überall flatterte die auch von der sozialistischen Partei geführte rot-weiße Fahne der skandinavischen Demokratie.

Im Park entwickelte sich ein ungezwungenes Volksfest. Viele Familien waren vollzählig, mit ihren jüngsten Sprößlingen im Kinderwagen, erschienen. Kopf an Kopf standen dichte Massen.

100 000 bis 150 000 Menschen

waren anwesend. Vier Tribünen waren im Park errichtet worden, die erste zugleich für das Orchester und die Sänger. Noch stand der größte Teil des Zuges draußen, als schon der dänische Sozialistenmarsch erklang.

Auf der ersten Tribüne.

wo Landstingmann Andersen den Vorsitz führte, sprach zunächst Jaurès: Wie sehr bedauere ich, Väter und Mütterinnen, daß ich nicht in eurer Sprache reden kann. Aber aus Verzeihungsgründen spreche ich meine Bewunderung aus für die großartige Demonstration. Unter dem Schirm und Schutz des internationalen Sozialismus wird jede Nation ihre Eigenart frei entfalten. Der Sozialismus legt uns, die wir eine neue Gesellschaft hervorzurufen wollen, eine ungeheure Verantwortung auf. Laßt uns von heute an mit doppelter Kraft gegen den neuen Feindalismus des Kapitals kämpfen! Es lebe der internationale Sozialismus!

Wolfenbühler-Deutschland: Die deutschen Arbeiter fühlen sich eins und solidarisch mit den dänischen Arbeitern und gedenken dankbar der Zeit, da Kopenhagen der deutschen Sozialdemokratie, über die Bismarcks brutales Sozialistengesetz verhängt war, die Abhaltung ihres Kongresses ermöglichte. Der Sozialismus ist die Bruderschaft unter den Völkern, während der Militarismus die Völker aufeinander heßt. Der Sozialismus wird und muß zuletzt siegen. Der deutsche Kaiser hat jetzt wieder eine Rede voller Kampfworte gegen die Volksrechte gehalten. Die deutschen Arbeiter müßten ein Volk von Diodoten sein, wenn sie nicht gerade mit Hilfe solcher Reden ihre Sache zum Siege brächten.

Reir Gardie, (England), überbrachte den dänischen Arbeitern den Gruß der Parteigenossen von der anderen Seite der Nordsee. Dänemark hat den Engländern einen Thormaldsen gegeben. Zwei solche Länder sollten vereint gegen den Kapitalismus für die Kultur kämpfen. Der Redner schloß mit dem Zitat aus dem dänischen Sozialistenmarsch: „Jetzt gilt, Ihr Brüder, es leuchtet im Osten!“ (Stürmischer Beifall.)

Dr. Adler-Wien: Eine mächtige Organisationsarbeit ist hier in Dänemark von der Sozialdemokratie verrichtet worden. Dänemark ist für uns in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht vorbildlich. Aber auch im reaktionären Österreich geht es voran. Die Sozialdemokratie hat dort das gleiche Wahlrecht errungen. Wir sind nicht wie der deutsche Kaiser, der sich nur allein die Krone auf's Haupt setzen will; wir wollen sie iebem Menschen auf's Haupt setzen. Die Befreiung kann nur geschehen, durch die Arbeiterklassen selbst. (Stürmischer Beifall.)

Ansele-Belgien: Kopenhagen ist ein wichtiger Standort des internationalen Sozialismus. In allen Ländern leben die Männer, die imstande sind, den Kapitalismus zu überwinden. Auch die Gewerkschaften und Genossenschaften kämpfen für die Verwirklichung des Sozialismus. Wir müssen auch diese Waffen schärfen, damit wir nach Eroberung der politischen Macht sie sozialistisch auszurichten imstande sind. Der Kongress von Kopenhagen soll die genossenschaftliche Bewegung mächtig fördern. Der Redner, der bisher französisch gesprochen hatte, schloß auf dänisch mit einem Hoch auf die rote Fahne.

Sindquist-Stockholm schilderte den großen Generalstreik der schwedischen Arbeiter. Der Kapitalismus suchte die Kerntruppen des

Sozialismus, die Gewerkschaften, niederzuschlagen. Aber wir sind nicht niedergeschlagen, wir leben und wir kämpfen weiter. Wir danken herzlich für die internationale Unterstützung. Es lebe eine starke Gewerkschaftsbewegung. (Stürmischer Beifall.)

Bleschanow-Rußland dankt den dänischen Arbeitern für die Sympathie, welche sie der russischen Revolution in allen ihren Phasen bewiesen haben. Die Kapitalisten aller Länder beugen den gleichen Haß gegen die Revolution. Vom Gelbe der reaktionären französischen Bourgeoisrepublik wird das Venterregiment des Karem ausgetrieben. Wir fordern vom Kongress eine Kavallerie für die Abschaffung der Todesstrafe. In allen Städten Rußlands liegen die Leichen der Gemordeten. Aber das russische Volk ist im Erwachen, die Bajonette beginnen zu denken und werden den Sieg der Revolution erschaffen.

Auf der zweiten Tribüne.

am Rande des Waldes, wies zunächst Legien unter stürmischem Beifall auf die internationale Solidarität der Sozialdemokratie und der Arbeiterklasse hin. Die beiden folgenden Redner Macdonald-England und Neuner-Böhmen feierten gleichfalls die internationale Solidarität.

Eine begeisterte Ovation wurde dem greisen Pablo Iglesias bereitet, der zum ersten Male als spanischer Delegierter auf den internationalen Kongress kommt und der an das schwere Ringen des spanischen Proletariats und an die Ermordung Ferrers erinnerte.

Laillant-Frankreich bedauerte die Erschwerung der Verständigung durch die Sprachverschiedenheiten und betonte, daß diese imposante Demonstration, wie sie trotz der Sprachverschiedenheiten vor sich gehe, ein herrliches Zeichen für den Geist sei, der die internationale Arbeiterbewegung belebe.

Branting-Schweden sprach als erster Redner dänisch. Nachdem noch Kubantowitsch, der Führer der russischen Sozialrevolutionäre den Kampf des russischen Proletariats skizzierte und Cronskold-Polen hervorhob, hatte, daß die polnischen Arbeiter in einem Jahre über 15.000 Opfer für den Galgen des Karem hergeben mußten, schloß der Vorsitzende die Reihe der Ansprachen. Der auf der Tribüne anwesende Kopenhagener Bürgermeister Jensen dankte den Rednern. Unter dem Klang der Internationale traten die Massen langsam wieder der Stadt zu.

Auf der dritten Tribüne

sprach als erster Redner, mit stürmischem Beifall begrüßt, Genosse Ledebour: Wir sehen, wie die Massen des Volkes in allen Ländern denselben Kampf führen für die Befreiung der Menschheit. Wir Sozialdemokraten lernen von den Genossen jeden anderen Landes. Fehler und Dummheiten machen wir alle. In Deutschland kommt dann fast jedesmal eine Rede vom hohen Postament, die uns mehr nützt als unsere besten Taten. Davin sind wir deutschen Sozialdemokraten Euch dänischen Genossen über, daß unsere Gegner überlicher sind, als Eure. Wir kämpfen gegen den Militarismus, der, wenn er die Waffen gegen das eigene Volk führen will, vom Frieden redet, während er das Schwert in der Hand hat. Wir kämpfen gegen jede Unterdrückung der Volksminderheiten, weil wir als internationale Sozialdemokraten die Nation nicht regieren, sondern für jede Nation Freiheit und Selbstbestimmungsrecht erstreben. Wir bringen auch den Frauen die politische Gleichberechtigung, die ihnen das Bürgerrecht verleiht. Hoch die revolutionäre Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

Silvanich-Amerika: Wir wollen nicht wie Roosevelt die Völker Europas bedrücken, sondern von ihnen lernen. Bei uns in Amerika steht Multimillionären gegenüber das Herd in tiefsten Elend lebenden Proletariat. Glänzend steht die sozialdemokratische Partei dort noch nicht da, aber die nächsten Wahlen werden uns einen gewaltigen Sprung vorwärts bringen. Die Befreiung der Massen und Völker steht bevor. Hoch der Befreier Sozialismus! (Stürmischer Beifall.)

Troelstra-Holland überbringt in dänischer Sprache die Grüße der holländischen Arbeiter. Nur dem Beispiel ihrer Ausbrüder folgen die Arbeiter aller Länder, wenn sie im internationalen Zusammenschluß ihre Befreiung erstreben. Mit der dreiteiligen Waffe des Proletariats Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft werden wir Militarismus und Kapitalismus überwinden. (Lebhafter Beifall.)

Vanderhelde-Belgien: Die Belgien betreffende Organisation der dänischen Arbeiterschaft ist uns bewundernswürdiger, als Dänemark aberwiegend ein Kararland ist. — Mit flammenden Worten fordert Redner zur Fortführung des Befreiungskampfes des Proletariats auf.

Bian, Vorsitzender der norwegischen Gewerkschaftskommission: Die nordischen Staaten haben viel Gemeinsames, sogar einen König hat sich Norwegen aus Dänemark geholt. Diese engste Solidarität der nordischen Wähler muß auch fernerhin hochgehalten werden.

Sarola-Finnland überbringt in dänischer Sprache die Grüße Finnlands, das kulturell alles von den Dänen gelernt habe. Die Hoffnung der kleinen Völker ist der Sozialismus, das führt das finnische Volk am besten, weil ihm soeben der Barismus den letzten Rest der Selbstbestimmung genommen hat. Die Sympathie-Rundgebühren der bürgerlichen Parteien haben wenig Wert, die Völker müssen nach Laßalles Rat dem Feinde den Damm aus Auge brücken. Die Versammlung stimmt begeistert in das Hoch des Redners auf den völkervereinenden Sozialismus ein.

Auf der vierten Tribüne

sprach als erster Redner Bernerhorst (Österreich): In Österreich hat jahrhundertlang Absolutismus und Jesuitismus geherrscht. (Wut-Rufe!) An die entsetzlichen Verbrechen des christlich-katholischen Absolutismus reicht die protestantische Wuchererei denn doch nicht heran. In Dänemark ist der Kampf rein ökonomisch, wie in Österreich haben auch kulturell und politisch außer gegen das Kapital auch gegen die christlichen Pfaffen, gegen einen hochmütigen Adel und den fürchterlichen Militarismus zu kämpfen. Unsere acht Nationen machen uns das Leben nicht behaglicher und angenehmer. Mit besonderer Freude begrüßen wir Deutschen Österreichs, daß die flammenden Skandinavier an der Spitze der sozialistischen Bewegung stehen. Unser ist die Zukunft und unser der Sieg! (Stürmischer Beifall.)

van Kol (Holland) erinnert an die alte Internationale, die ein Jahr nach dem großen Pariser Kommunismus-Aufstand 1871 im Haag

an innerer Proletaratskraft. Die solche Hoffnung unserer Jugend war tot. Aber 17 Jahre später wurde der Mahnruf Karl Marx wieder aufgenommen. Die erste Internationale war die Hoffnung die zweite Internationale die Erfüllung. Hinter uns liegt das Dunkel, vor uns die helle Zukunft. Es lebe der Sozialismus, es lebe die internationale Arbeit! (Großer Beifall.)

de la Porte (Frankreich) überbringt in Vertretung des erkrankten Jules Guesde, des alten Vorsitzers der Internationale die Grüße der französischen Partei und der französischen Kammerfraktion. Die höchste Anstrengung im Dienste der Organisation ist der heiligste, wahre und echte Revolutionismus. Wir hoffen in allen Ländern zugleich die Morgengröße der Freiheit begrüßen zu können. (Stürmischer Beifall.)

Verzandlen-Armenien: Gleich Volk ist Armenien durch drei mächtige Nachbarstaaten unterdrückt. Aber unser Volk ist in hoffnungsvoller Wiedererhebung begriffen. In Bunde mit Jungtürken und Mazedonien haben wir in der Türkei das verabscheuenswürdigste Regiment Abdal Hamids gestürzt. In der Türkei, im Kaukasus und in Armenien haben die Armenier für die Freiheit gekämpft. Noch kann nichts über Sozialismus und Demokratie aus dem Orient berichtet werden aber die elementaren bürgerlichen Freiheiten sind doch bereits erobert und die erste Etappe der politischen Revolution ist erreicht. Das Erwachen Persiens und der Türkei ist von höchster Bedeutung, namentlich für alle die Länder, die bisher entweder in der mohammedanischen Religion oder in der aggressiven Eroberung des Panislamismus befangen waren. Der Sozialismus wird auch uns Armeniern die Freiheit und den Zusammenhang mit der großen Kulturwelt bringen. (Stürmischer Beifall.)

Suchinger-Ungarn: In Ungarn hat die Gewalt der Valonetti die meisten Organisationen zerstört und den Sozialismus zurückgedrängt. Aber das ungarische Proletariat bleibt eingebend des Jahres 1848. Auf dem nächsten Kongress werden wir berichten können, daß die Freiheit sich wieder auch in Ungarn überwinden gelungen hat. Hoch der revolutionäre Sozialismus! (Stürmischer Beifall.) Nachdem Magnus Nielsen die Grüße Norwegens überbracht hatte, schloß auch dieses Meeting kurz vor 8 1/2 Uhr.

Eine freudig erregte Menschenmenge blieb in festlichem Treiben bis in die späten Abendstunden im illuminierten Park zusammen.

Del ins Feuer!

Endlich, nach 5 mal 24 Stunden, hat der Reichskanzler die Sprache wiedergefunden! Er läßt in der „Nordb. Allg. Ztg.“ folgende Erklärung veröffentlichen:

„Die Königsberger Rede des Kaisers rief in einem Teile der Presse starken Protest hervor. In der Rede soll die Verfassung des Absolutismus und eine Heringschälung des Volkes und der Volksvertretungen enthalten sein. Demgegenüber stellen wir zunächst fest, daß die Rede kein Regierungsakt, sondern ein persönliches Bekenntnis des Monarchen war. Als solches atmet es den Geist des auf religiösen Grunde ruhenden Pflichtgebühls, den der Kaiser wiederholt bekundet und bei der Ausübung seines Herrscherberufes stets betätigt. Als Unterlage für jene Bedenklungen dient hauptsächlich die Stelle, die besagt, daß der Kaiser ohne Rücksicht auf die Tagesmeinungen seinen Weg gehen werde. Der wäre ein schlechter König, der die Ansichten des Tages zur Richtschnur seines Handelns nähme. Der kaiserliche Redner soll sich aber mit jenem Wort in Gegenwart der Verfassung gestellt haben. Diese Forderung läßt sich nur aus der Fiktion einer von schwankenden Stimmungen abhängigen Parlamentsherrschaft oder eines Absolutismus der Masse erklären, von dem die Verfassung nichts weiß. Ebensovien liegt in der Erwähnung der historischen Tatsache, daß die Könige von Preußen die Krone nicht aus der Hand von Parlamenten empfangen, eine Mißachtung von Volksrechten und Volksbestimmungen. Damit wäre auch nicht in Einklang zu bringen, daß die Königsberger Rede jedem im Lande zur Mitarbeit an der Wohlfahrt und der geistlichen Entwicklung des Vaterlandes auffordert. Ein Herrscher, der soviel Beweise davon gegeben, daß er, fest auf dem Boden der Verfassung stehend, die schaffenden Kräfte seines Volkes zu fördern und zu achten weiß, sollte vor solcher Mißachtung geschützt sein. Hiernach ist endlich die Frage, was der Reichskanzler zu werbe, leicht zu beantworten. Der Reichskanzler weiß, wie fern es dem Kaiser gelegen hat, sich in der allgemeinen Streit der Parteien zu stellen und der Rede den absichtlichen Sinn zu geben, der zu Antikontroversen künstlich hineingelegt und herausgehoben worden ist. Er wird daher den Kaiser gegen willkürliche Auslegungen und bösartige Verdrehungen verteidigen und die Gesetze wie bisher in voller Übereinstimmung mit der Krone unter Wahrung aller verfassungsmäßigen Rechte führen.“

Durch diese Erklärung wird die Affäre der letzten Kaiserrede erst recht zu einem politischen Resenklankal. An der Rede Wilhelms II. konnte man wenigstens ein gewisses ästhetisches Vergnügen empfinden, das sich überall einstellt, wo jemand ohne Rücksicht auf die Folgen das ausgespricht, was er denkt. Aber was dieser deutsche Reichskanzler dazu in der „Nordb. Allg. Zeitung“ in seinem ledernen Aktendeutsch zu bemerken hat, kann ein normaler Mensch nicht lesen, ohne daß ihm das Gefühl des Widerwillens bis in die Kehle steigt. Derselbe Beihmann-Hollweg, der in seinem Regierungsblatt die deutschen Arbeiter als Trunkenbolde hinstellen und jeden oppositionellen Wähler „Trottel“ schimpfen läßt, vollzieht hier in aller Offenbarkeit den Bauchrutsch vor dem „ausgewählten Instrument des Himmels“, dem alle möglichen Tugenden und wunderbaren Eigenschaften nachgelagt werden. Natürlich — die „gottgegebenen Abhängigkeiten!“ Und: Was Brot ich esse, des Lied ich singe! Deutlicher als durch diese Erklärung konnte nur nicht gezeigt werden, daß das Deutschland von heute nicht von Staatsmännern, sondern von Lokalen regiert wird.

Wang ohne Rücksicht auf die Unmöglichkeit des Erfolgs wird hier dem Volke vorgelesen, der Kaiser habe in seiner Rede den Volksworten und Volkswünschen keinerlei Rücksicht gezeigt! So etwas könnte Beismann-Hollweg vielleicht bei südrussischen Cholera-Bauern mit Erfolg erzählen, die Analphabeten sind, nicht den deutschen Staatsbürgern, die lesen und schreiben gelernt haben. Lehmann, der lesen kann, weiß ganz genau, was in der Königsberger Rede drin steht. Dabei hat man noch die eble Dreistigkeit, den Kritikern der Kaiserrede „willkürliche Auslegungen und böswärtige Verdrehungen“ vorzuentwerfen. Wer aber verbrennt, geht schon aus den ersten Zeilen der Beismann-Erklärung hervor, in denen gesagt wird, die Kritiker hätten in der Rede des Kaisers eine „Verfälschung des Absolutismus“ erblickt. Ein derartiger Unfuss ist natürlich nicht behauptet worden. „Verfälschen“ kann der Kaiser den Absolutismus nicht, dazu hat er ja gar nicht die Macht! Aber bekannt hat er sich zu den Grundfragen des Absolutismus mit einer an religiöse Schwärmerel grenzenden Inbrunst, der Ueberzeugung hat er Ausdruck gegeben, daß er das auserwählte Instrument des Himmels sei, das auf Tagesansichten und Meinungen gar keine Rücksicht zu nehmen brauche, von „Parlamenten, Volkssammlungen und Volksversammlungen“, von „Vereins- und Versammlungsversen“ hat er in Tönen gesprochen, die nicht anders als die der allerhöchsten Veringschätzung bezeichnet werden. Welche namenlose Feigheit, solche Tatsachen, die jedermann kennt, jedermann weiß, die das Tagesgespräch von Europa bilden, ableugnen zu wollen!

Aber bei aller Feigheit nach oben, bei aller fast krankhaften Furcht vor der Wahrheit, hat man doch immer noch Mut genug, ein paar kleine Unverschämtheiten gegen Parlament und Volk zu riskieren. Gegen die Kritiker, die wahrheitsgemäß feststellen, daß sich der Kaiser mit seinen Worten in Gegensatz zur Verfassung gestellt habe, wird gesagt:

Diese Folgerung läßt sich nur aus der Fiktion einer von schwankenden Stimmungen abhängigen Parlamentsverfassung oder gar eines Absolutismus der Masse erklären, wozu die Verfassung nichts weiß.

Die kritische Mut des Beismann-Hollweg gegen Parlamentsherrschaft begreift sich. In einem Lande der Parlamentsherrschaft würde ein Beismann-Hollweg nicht fünf Minuten Minister sein können. Doch welcher Teufel reizet diesen Unglücksmann, daß er noch von „schwankenden Stimmungen“ redet! Man vergleiche doch gefälligst die Politik der französischen Bourgeoisrepublik oder gar des englischen Parlamentsstaats mit unserem sprichwörtlichen Zickzackkurs! Und drückt sich etwa in der neuen Wandlung, die seit dem November 1908 eingetreten ist, kein Schwanken der Stimmungen aus? Dieser Akt der Restauration, der Wiederherstellung der alten Regierungsweise, ist die verblüffendste Wendung, die wir seit 22 Jahren in unserer — ach so wendungsreichen Politik erlebt haben.

Schwankende Stimmungen! Beismann-Hollweg mag sich nur die Entwicklung der sozialdemokratischen Stimmungen seit der Begründung des Reiches ansehen, dann wird er bemerken, wie wenig „schwankende Stimmungen“ es im Volke gibt. Hier gibt es keinen Zickzackkurs, sondern hier herrscht das Gesetz der stetig ansteigenden Linie. Wenn aber diese Linie seit einiger Zeit steiler ansteigt, als je zuvor, dann trägt eine schwankende Gestalt wesentliches Verdienst daran, die heißt Beismann-Hollweg. Dieser Mann scheint ja förmlich ein auserwähltes Instrument zu sein, das der Himmel dazu bestimmt hat, das geduldige Volk der Erde, das deutsche Volk, zu revolutionieren. Der Reichstag muß über diesen Beismann-Hollweg Gericht halten, sonst wird das Volk bei den nächsten Wahlen über diesen Reichstag in einer Weise Gericht halten, von

der sich die Schwärze unserer Staatsmänner nicht träumen läßt.

Die schwarzeblau-Preussische Garde.

Nach kurzem Schwanken hat sich die Presse des schwarzeblauen Blocks entschlossen, im neuerröhmten Verfassungskampfe die Verteidigungslinie zu beziehen und unter Beismann-Hollweg die Kaiserrede gegen Volksworte und Volkswünsche zu streifen. „Kreuzzeitung“ und „Schl. Zeitung“ veröffentlichten eine salomonische Preisurteilung gegen Demokraten und halbe Monarchisten. Sie wollen nur unbedingte und zuverlässige Anhänger Wilhelm II. in ihren Reihen haben, als welche sie außer den Konfessionen nur die Zentrumsliberalen neben Freisinnigen und Sozialdemokraten der „bemühten Verlesung der Interessen“ beschuldigt. Wer nicht als ehelicher Monarchist eintreten will und arbeiten will, so wirt die „Kreuzzeitung“, den wollen wir auch offen abhaken. . . . Unter Kaiser- und Königtum ist Karl genug gegen alle seine offenen und heimlichen Feinde.

So wird jeder brave liberale Bürger, der gegen die ärmste Kaiserrede — „entsprechend und notwendig“ nennt sie die „Kreuzzeitung“ — aufzukommen wagt, als „gehobener Feind“ der Monarchie demangiert. Wer aber kein Kreuzzeitungs-Monarchist ist, der

kann als Beamter oder Offizier an einer Stelle, für die die höhere (monarchistische) Eigenschaft Bedingung ist, nicht stehen; denn er hat den Eid der Treue geleistet, und gegen den darf er auch in Meinungsäußerungen, und seien sie auch dem besten Freund gegenüber, nichts tun.

Die „Kreuzzeitung“ droht also auf diese Weise wieder, wie in den letzten Zeiten Friedrich Wilhelm IV., mit Massenentlassung von Offizieren und Beamten, sie will, daß diese vom Staat abhängigen Existenzen bis in ihre privatsten Meinungsäußerungen dem besten Freund gegenüber bespöttelt werden sollen. Aus dieser Drohung der „Kreuzzeitung“ lassen sich recht weitgehende Schlüsse auf die Aufstellungen ziehen, die zum Teil in Offizier- und Beamtenkreisen verbreitet sein müssen.

Man kann dem Zentrum zu einer solchen Lobrednerin und Bundesgenossin ausdrücklich gratulieren. Ist man in Süddeutschland, wo das Zentrum seinen Hauptsitz hat, wirklich so echt- und unerschütterlich gefestigt, daß man bereit ist, sich für das Volksgesundtum der Hohenzollern, dieser auserwählten Instrumente des Himmels, die Pässe zu brechen? Oder haben die Leute recht, die — im Zentrum — sagen, daß die Zentrumspolitik unter der Führung der ostelbischen Junter dem Abgrund entgegenreißt? Die Preisurteilung der „Kreuzzeitung“ hat einen großen Vorzug, sie läßt die Situation vollkommen, es gibt nur noch ein Hüben und drüben. Drüben aber im Kampfe gegen das Volkswort steht das Zentrum!

Politische Uebersicht.

Ein Instrument des Himmels.

Im Jahre 1841 schrieb der Großherzog Wilhelm II., König Friedrich Wilhelm IV., an den Oberpräsidenten v. Schoen in Königsberg:

„Ich fühle mich ganz von Gottes Gnaden und werde mich so mit seiner Hilfe bis zum Ende zu fühlen. Glauben Sie mir auf mein königliches Wort: Zu keiner Zeit wird sich kein Fürst, kein Bauernecht, kein Bauerntum, kein Parlament und keine Judenschule etwas, was drüben es mit Recht oder Unrecht bei der Krone ist, anmaßen, wenn ich es nicht zuvor gegeben habe.“

Friedrich Wilhelm IV. fühlte sich auch wirklich bis zum Ende als auserwähltes „Instrument des Himmels“. Das hinderte freilich nicht, daß sich in den Märztagen des Jahres 1848 — sieben Jahre nach dem Brief von Schoen! — das Berliner Volk etwas „aneignete“, was Friedrich Wilhelm IV. nicht gerne „gab“, aber doch geben mußte — nämlich die Verfassung. Und das auserwählte Instrument des Himmels mußte damals noch mehr tun. Es, das keine Krone tragen wollte, an der der „Subergeruch der Revolution“ hängt, mußte, mit der dreifarbigten Schärpe der Revolution gekrönt, vom Balkon seines Berliner Schlosses die Toten grüßen, die auf der Barricade im Kampfe gegen das preussische Gottesgnadentum gefallen waren. Woraus zu lernen ist, daß man nie zu früh jubeln soll. Heißt doch schon ein altes Sprichwort: Vogel, die zu früh singen, werden von den Ragen gefressen. . . .

Der Silberstein unserer Zollpolitik deckt wieder einmal — wenn auch ohne es zu wollen — das amtliche „Reichsarbeitblatt“ auf. Bekanntlich beruht unsere Zollpolitik geradezu auf der Voraussetzung, daß es möglich ist, durch künstliche Erhöhung der Preise die deutsche Landwirtschaft in den Stand zu setzen, den ganzen Bedarf des deutschen Volkes selbst zu decken. Das wird denn auch stets von den Agrariern behauptet und wenn es nicht wahr ist, dann bleibt eigentlich nur noch die kolossale Verzehrerung des Reiches als Zweck der Schutzzölle übrig.

Nun hat das „Reichsarbeitblatt“ soeben eine Serie von Aufsätzen beendet, die den angeblichen Segen der deutschen Kolonien beweisen sollen. Und hierbei spielt nun wieder das gegenteilige Argument eine große Rolle, daß nämlich die Kolonien eine „Ergänzung“ der deutschen Volkswirtschaft bilden sollen, weil sie uns diejenigen Produkte liefern werden die in Deutschland selbst nicht hergestellt werden können. Diese Ansicht ist ja ebenfalls sinnlos, denn wie die Statistik ergibt, können die Kolonien das, was uns millionenfach fehlt, immer nur laienhaft liefern. Aber jedenfalls ergeben die beigebrachten Zahlen zur Evidenz, daß die deutsche Landwirtschaft niemals in der Lage sein wird, für sich allein, ohne fremde Einfuhr, den heimischen Bedarf zu decken. Das „Reichsarbeitblatt“ stellt fest, daß Deutschland, soweit die Hauptgetreidearten in Frage kommen, nur bei Roggen und auch hier erst in den letzten beiden Jahren, mehr aus als einführt, während bei Weizen und Gerste 1909 einer Einfuhr von zusammen 759 1/2 Millionen Mark, nur eine Ausfuhr von 39,6 Millionen Mark gegenüberstand. Da eine so starke Steigerung der heimischen Produktion, daß die Einfuhr entbehrlich würde, nicht möglich erscheint (es müßten nämlich an Weizen 18 Zentner, an Gerste 17 Zentner pro Hektar mehr erzeugt werden, während die Produktion beider Getreidearten gegenwärtig nur etwa 40 Ztr. beträgt), so wird Deutschland auch für die Zukunft, abgesehen von Roggen, in seinem Getreidebedarf sehr stark auf das Ausland angewiesen sein.

Wesentlich die tierischen Nahrungsmittel wird mitgeteilt, daß ihre Einfuhr 1909 über 650 Millionen Mark betrug, der nur eine sehr kleine Ausfuhr im Betrage von nicht ganz 17 1/2 Millionen Mark gegenüberstand. „Fast die gesamte Einfuhr und Eigenherzeugung ging also in den heimischen Verbrauch über.“ Ueber die Hälfte der Einfuhr, nämlich über 366 Millionen Mark entfallen auf Eier, Schweinefleisch und Butter, die in einem die Möglichkeit eigener Erzeugung weit übersteigenden Umfang vom Auslande bezogen werden.“

Dazu kommen die tierischen Rohstoffe für die Industrie. Es wurden 1909 importiert (wobei beschränkt uns auf ein paar der allerwichtigsten): Schafwolle für rund 450 Millionen Mark, Rindshäute für 166 Millionen Mark, Kalbfelle für 84 Millionen Mark, Schaf- und Lammfelle für 46 Millionen Mark, Ziegenfelle für 41 Millionen Mark, Leder (ohne Wildleder etc.) für 80 Millionen Mark usw. Und nun fährt das „Reichsarbeitblatt“ wörtlich fort:

„Wollte man die aufgeführten Stoffe im eigenen Lande erzeugen, so würde das eine Vermehrung unseres Viehstandes zur Voraussetzung haben, die für uns unerreichbar ist. Von dem Gesamtbedarf für Rohstoffe wurden z. B. rund 80 Prozent; 283,6 Millionen Mark für Schafwolle, d. h. ungenutzte Wolle, wie sie vom Körper des Schafes kommt, aufgewendet, von welcher fast 170.000 Tonnen eingeführt wurden. Nimmt man den durchschnittlichen Wollwert eines Schafes, wie üblich, mit drei Pfund an, so würden zur Lieferung der ausländischen Schafwolle im Jahre 1909 rund 113,2 Millionen Schafe nötig gewesen sein, während nach der Zählung von 1907 nur 7,7 Millionen Schafe die Fämmer eingerechnet, im Deutschen Reich vorhanden waren. Dabei ist die gewaschene und bearbeitete Wolle außer Betracht gelassen. An Kalbfellen und Rindshäuten wurden 1909 146.700 Tonnen eingeführt. Rechnet man vier Häute aller Art an einen Zentner, so würde die angegebene Menge von rund 11,7 Millionen Rindern jeden Alters geliefert worden sein. . . . Es müßte demnach (da jährlich etwa 40 Prozent aller Rinder geschlachtet werden) 1909 rund 29,3 Millionen Rinder über den jetzigen Bestand hinaus in Deutschland vorhanden gewesen sein, um die in

Noland von Berlin.

Roman von Willibald Alexis (W. Spring.)

156) „Bist Du auch des Kaiserlichen Vaters?“ Er lenkte den Blick, dann sprach er: „Mein liebes Kind, es bleibt uns nichts anderes. Wir wünschen —“ „Nun, lieber Vater, was dann Worte noch! Was sein muß, und Johannes Rathenow sagt, es muß sein, das tut seine Tochter. Ich will recht froh sein.“ „Es war kein Trost im Haus. Sie wußten beide etwas und keiner sprach es aus. Aber wer da mehr litt, der Vater oder die Tochter, das weiß ich nicht.“ „Das Banett aber war lustig am Abend, wenn Musica und Wein und Witzler lustig machen können, wo das Herz bange ist. Im alten Rathaus war es. Ist nie so viel Wein getrunken worden an einem Abend in Berlin als an dem. Die Herren tranken sich Mut, aber sie wollten die Unbill, die ihnen widerfuhr, herunterspielen. Und ward doch keiner nach Haus getragen, als einer. Dem folgte aber nicht Sang und Klang, und die Horden hielten sie nieder. Es war ein trauriger Zug. Sind aber auch immer so seltsame Geschäfte bei einem Banett gesehen worden. Etwas von der Geleiten des Adels die schauen doch nur, als wären sie nie gewesen, wo ehedem Leute beisammen sind. Gatten Kleider an, die ihnen nicht standen. Gest weiß, wer die Sachen gesehen und die Horden vorgelesen angat! Ihr Hauptmann freute sich, wenn die hohen Herren zurückzuführen so einer davon die anstarrte. Aber sie wußten es pulden, und wäre es das nur gewesen! Auch von den gefangenen Rittern waren der Das mag ich nicht grad tabeln; denn sie schienen sich immer besser als des Adels Schwärze auf ein Heiß, das die Patrioten haben. Aber sie gingen erkrankt hochmütig einher, nicht als wären sie Gefangene, die man aus Artigkeit einleitet, sondern als wären sie die Herren, und trugen sich viel den Part, und schanden die Bürger über die Köpfe an. Und wie sie mit den Frauen und Mädchen sprachen, das betrub auch manchen. Es kam noch viel Schlimmeres. Mit dem Adels tranken sie und brachten den Herren den Rücken, was sich doch gewiß nicht

sich als late er ihm brant noch Ehre an. Die hohen Herren tranken, und der Witz, der neben ihm saß, lachte sich ins Häuptchen. Er konnte sonst ein feiner Mann sein, heute aber freute es ihn, daß die Bürger, die ihn stingen, so schlecht wegtranken.“

Herr Peter Brakow saß traurig im Winkel, die Hand verbunden, den Arm in einem Bande. Bei ihm sein Schwiegervater, der Bartholomäus Schumm, der sah heut ganz anders aus als sonst, und vor ihnen stand Herr Matthias Blankensfeld. Die Eva Brakow kam oft heran und fragte ihren Schwieger, wie es ihm gehe, und flügte seine Hand auf ihrer und freichelte seinen Arm. Dann aber ging sie wieder zum Tanz. „Ein liebes Weib“, sagte Herr Peter Brakow, als sie wieder fort war.

„Hilft mir alles nichts“, sprach Herr Bartholomäus. Wenn das so fortgeht, muß der Reiche betteln gehn.“ „Wir alle müssen betteln“, sprach der Blankensfeld. „Fürs Wogen, schwere Wogen, bei Weisheit mir aufgefressen! Drei meiner besten Knechte erschlagen! Was hilft uns der Brakelow, wenn er uns nicht mal den Tellow frei hält!“

So sprach der Schumm, und der Blankensfeld erwachte: „Nichts hilft er uns. Er hält uns nicht den Rücken frei vor uns müssen wir uns selber helfen, und im Herzen freit er uns auf.“

Das sprachen sie leise und flüchten darauf die Köpfe noch mehr zusammen. Was der Matthias ihnen vortrug, sie nickten dazu, und sahen sich nur bisweilen um, ob kein Lauscher da war.

„Als die Dinge stehen, was bleibt uns anderes, als die Verarmung anzunehmen. Einmal müssen wir es annehmen, das sieht jeder Kluge ein, und die Frage ist nur, ob es klüger ist, zu warten oder zu handeln? Die Zeit ist nicht günstig, aber sie lang noch schlimmer werden. Ich möchte die Städte verzeihen, Frankfurt, Brandenburg, Prenzlau. Der Fürst ist zu zerkühen. Wer weiß, wann wir noch eine Woche warten, ob es dann aufrieben ist, so die Städte dann noch können, ob sie noch wollen?“

Herr Peter Brakow seufzte tief. Bartholomäus Schumm murmelte: „Eine verfluchte Welt.“

„Das sag ich ja auch“, sprach Herr Blankensfeld. „Wir sitzen in der Wüste. Selbst können wir uns nicht rausziehen. Also arbt ein herrenlicher Mann auch bei einem besten Stand, die man ihn beitet.“

Herr Peter Brakow jagte: „Wären an dem Tage nicht die Wenden mit den Knocheln und den Hüften noch Klüppeln getritten zu dem großen, heiligen Stephan, unter Mitternacht oder bei der

nim standen ja bloß. Was Wollen trug, war nach dem Tellow hinaus. Fast ohne Schwermut hätten sie die Wölle erschrien.“

„Das sag ich auch“, fiel Matthias Blankensfeld ein. „Wir alle haben nun wohl unsern Johannes Rathenow kennen gelernt, daß er es grundehrlich meint; aber ehrlich kann man sein, ohne darum den Dingen gewachsen zu sein. Auch sehr ehrlich, und doch sehr hartnäckig. Daß er die Wauern unbesetzt ließ, machte ich ihm nicht zum Vorwurf. Wer kann an alles denken, obgleich der kleinste Fehler einer Obrigkeit mehr schadet, als der größte eines einzelnen. Denn ein einziges Versehen kann einer Stadt den Untergang bringen. Aber, wie gesagt, wer möchte ihn tabeln, und noch dazu war es der Gottesknecht seiner einzigen Tochter. Da kann der beste Mann den Kopf voll haben.“

„Es muß anders kommen“, sprach Herr Bartholomäus. „Nur kein Wunder“, entgegnete der Blankensfeld. „Wemns unseren Schutzpatronen gefiele, eins in unserer Not zu tun, dann hätte ich darum, daß sie den starken Sinn des Johannes erweichten.“

„Nun, nun“, brummte Herr Bartholomäus. Herr Brakow fing an: „Wemns uns heute nicht gelangt, den Brakelow zum Ausfall zu bewegen —“

„Der wird sich bewegen lassen“, fiel ihm Matthias ins Wort. „Als ein wiederkehrendes Tier liegt er bei uns und läßt sich mähen. Es kommt ihm nicht in den Sinn, gegen den Markgrafen zu Feld zu ziehen. Ihr werdet hören. An Ausschüthen gebüht ihm nicht, wenn er sich noch dazu herabläßt. Er verachtet uns offenbar.“

„Aber mit wem verkehrt er!“ sprach der Hoppetrabe, der hinzugezogen war. „Bist du von Mergens bis Abend mit den 20 fongenen Rittern. Wissen wir, ob er uns nicht veracht, wie er uns verachtet?“

„Es muß heut sich entscheiden“, sprach Peter Brakow. „Will er nicht, verzieht es abermals — wir allein sind zu schwach, dürfen ihn auch nicht in der Stadt lassen, dertweil wir ausbleiben, — dann bring ich morgen vor im Räte.“

„Ein schwer Geschäft“, seufzte der Hoppetrabe. „Glaubt das nicht“, sagte Matthias Blankensfeld. „Was unabwehrbar ist, hilft sich selbst. Außer Konrad Wyle steht keiner dem Johannes bei. Sie wollen alle Ruhe.“

„Und doch ein schwer Geschäft“, fiel wieder Herr Brakow ein. „Denn wer läßt sich gerne gehen, daß er seine Stadt verläßt! Und wo's auch unabwehrbar, wer reißt gern den ersten Schlag gegen einen alten Baum, den er lieb hatte, so auch der Baum morsch ist und fallen muß.“

Das Volk gegen den Kaiser!

Donnerstag Abend 8 Uhr im „Prinzen“ und im „Gewerkschaftshaus“:

Öffentliche Volkstunde gegen die Kaiserrede.

Referenten: Schriftsteller Gd. Bernstein-Berlin und Stadtverordneter D. Schük-Breslau.

8. Internationaler Sozialistischer Kongress.

Kopenhagen, 29. August 1910.

Sitzung des Internationalen Bureau's

Am Montag Vormittag um 10 Uhr... Am Montag Vormittag um 10 Uhr...

Es wird beschlossen, den Antrag... Es wird beschlossen, den Antrag...

Wandervorteil schlägt darauf vor... Wandervorteil schlägt darauf vor...

Auf Vorschlag von... Auf Vorschlag von...

Kopenhagen, 29. August 1910.

Sitzung der deutschen Delegation.

Die deutsche Delegation hielt am... Die deutsche Delegation hielt am...

Aus aller Welt.

Cholera in Spandau festgestellt... Cholera in Spandau festgestellt...

Der Wachpostenschuß in der... Der Wachpostenschuß in der...

Festnahme von drei... Festnahme von drei...

nosse Cunow. Ihm wird... nosse Cunow. Ihm wird...

In die fünf Kommissionen... In die fünf Kommissionen...

Auf Antrag von... Auf Antrag von...

Ebert teilte mit... Ebert teilte mit...

Internationale Konferenz der Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Die 3. internationale Konferenz... Die 3. internationale Konferenz...

Dann nahm die Konferenz... Dann nahm die Konferenz...

Generalstabsoffizier... Generalstabsoffizier...

Unvorsichtigkeit und ihre... Unvorsichtigkeit und ihre...

Eine Familie unter... Eine Familie unter...

Untersuchungen auf... Untersuchungen auf...

Gemeinsam in den... Gemeinsam in den...

plitterungsversuche die... plitterungsversuche die...

In Zukunft sollen... In Zukunft sollen...

Internationaler Schuhmacherkongress in Kopenhagen.

Im dem schönen sozialdemokratischen... Im dem schönen sozialdemokratischen...

Die Berichte des... Die Berichte des...

Gegen die tschechisch-slawische... Gegen die tschechisch-slawische...

Die Ursachen der... Die Ursachen der...

Ein Antrag des... Ein Antrag des...

Als Sekretär wurde... Als Sekretär wurde...

Nach einem feurigen... Nach einem feurigen...

gehandelt, in dem er... gehandelt, in dem er...

Doppelmord und Selbstmord... Doppelmord und Selbstmord...

Bestohene Beamte. Einer... Bestohene Beamte. Einer...

Bestrafte Spielerei. Auf... Bestrafte Spielerei. Auf...

Wassermord. Der 21 Jahre... Wassermord. Der 21 Jahre...

Arbeiterbewegung.

Zur Werftarbeiterbewegung.

Unmählich sind in ziemlich alle Betriebe in Hamburg, die irgendwie mit dem Schiffbau und der Schiffverwertung in Verbindung stehen, vom Streik der Hamburger Werftarbeiter in Mitleidenschaft gezogen worden.

Die Parole der Arbeiter, Verweigerung jeglicher Streikarbeit, ist nicht befolgt worden. Alle Lohnansprüche haben bisher nicht zu dem gewünschten Ziele geführt.

Im „Hamburger Fremdenblatt“ lautet nun eine dieser Reparaturfirmen, Wegel u. Freitag, recht bewegt über die noch nie dagewesene seltene Arbeitsmangel. Indem die Firma eine Liste über die von den Arbeitern erzielten Einkommen der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt, behauptet sie, daß sämtliche Arbeiter bis auf die Meister und einzelne Vorarbeiter unseren Betrieb ohne eigentlichen Grund (?!), ohne irgend welche sonstigen Forderungen betreffs Lohnverhöhung usw. verlassen zu haben, verließen.

Die Gründe, von denen sich die Arbeiter der Firma Wegel u. Freitag leiten lassen, sind äußerst einfacher Natur. Kriegsgeldern erfordern Maßnahmen, welche dem Gegner manchmal nicht verhältnismäßig sein mögen. Gut für die Arbeiter, wenn sie für die Erfordernisse des Krieges Verdienste erhalten. Mögen die Arbeiter der Firma Wegel u. Freitag immerhin nicht schlecht entlohnt werden — es soll hier nicht angedeutet werden — den Notwendigkeiten eines heftig geführten Kampfes sich zu entziehen, etwa um der schönen Augen der Firma willen, haben die Arbeiter keine Ursache.

Das gesetzlich gewährte Wahlrecht der Eisenbahner. In der neuesten Nummer ihres Amtsblattes vom 24. August läßt die Eisenbahn-Direktion Halle folgenden Wats gegen den „Deutschen Transportarbeiterverband“ los:

Der deutsche Transportarbeiterverband sucht nimmermehr Mitglieder dadurch zu erwerben, daß er den Arbeitern verspricht, ihnen durch seine fakultativen Unterstützungsanstalten hinsichtlich der Invaliden-Rückstellungen und der Witwen- und Waisenunterstützung Vorteile zu gewähren, die einen vollen Ersatz für die Leistungen der verwaltungsseitigen Eisenbahnerrentenklasse bieten sollen. Nach einem Gutachten des Kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung ist diese Zusage unerfüllbar. Die in dem betreffenden Statut aufgestellten Beiträge sind nach diesem Gutachten völlig unzulänglich, die fakultativen Unterstützungsanstalten also sicherlich nicht in der Lage, die dort allgemein benannten Leistungen dauernd zu gewähren. Da offensichtlich Unterstützungen und Beiträge ohne Rücksicht auf Ertragsunterlagen willkürlich aufgestellt sind, so muß man es auf das Schicksal verweisen, daß diese Unterstützungsanstalten den Eisenbahnerrenten als Ersatz für die bestehende Arbeiterrentenklasse dargestellt werden. Werden sie auch als freiwillige Unterstützungen, auf deren Weg ein klagbares Recht nicht eingeräumt ist, bezeichnet, so liegt doch gewiß die Absicht vor, die nach der Mitgliedschaftsbauer genau abgemessenen Leistungen nicht lediglich nach Willkür auszuweiten, sondern solange die einkommenden Mitglieder (?) es gestatten, denen zu zahlen, welche die sogenannten Voraussetzungen erfüllt haben. Die fakultativen Unterstützungsanstalten sind daher geeignet und wohl auch darauf berechnet, die igeige Auffassung zu erwidern, daß den Mitgliedern und ihren Hinterbliebenen ein wirklicher Schutz gegen die Gefahren von Invalidität und Tod geboten werde. Aus diesen Darlegungen des Kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung geht manweislich hervor, daß der Transportarbeiterverband nicht imstande ist, mit seinen lediglich zu agitatorischen Zwecken eingerichteten Unterstützungsanstalten einen Ersatz für die Leistungen der Arbeiterrentenklasse zu bieten.

Die Eisenbahndirektion „warnt“ dann alle Bediensteten erneut vor, sich durch die angeblichen Vorteile aus der völlig leistungsunfähigen Unterstützungsanstalt zum Verlust der Mitgliedschaft der Eisenbahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes, der die Dienstleistung zuweigerlich nach sich ziehen würde, verleiten zu lassen.

Das letzte Gebot gegen die Unterstützungsanstalten des Transportarbeiterverbandes ist so wenig überzeugend, daß der Verfasser des famosen Wats selbst die Notwendigkeit sieht, seinen „Gründen“ das Schwere des Wats und der Drohung mitzugeben. Die Beschuldigung der Unzulänglichkeit, die es wagen, von einem gelegentlichen Schwand zu machen, das ist der eisenbahnrechtlichen Ordnung gegenüber. Es ist nicht gerade ermutigend für die Organisationsleiter der Eisenbahner, zu sehen, wie die Angst vor der freien gewerkschaftlichen Organisation den Obern der Verwaltung die Feder in die unbedenkliche Hand drückt.

Sohnabewegung im Tabakgewerbe. Die im Tagelohn beschäftigten Tabakarbeiterinnen Hochbauern, die gezwungen sind, bei einem Wochenlohn von 6 Mk. bis 8,40 Mk. ihre Erntens zu fristen, sind in eine Sohnabewegung eingetreten. Sie verlangen, daß der Ankaufspreis für die im Tabakgewerbe noch nicht beschäftigt gemessenen Arbeiterinnen von 10 Pf. auf 18 Pf. pro Stunde erhöht wird und eine monatliche Steigerung von 1 Pf. pro Stunde erfolgen soll, bis der übliche Lohn der übrigen Arbeiterinnen erreicht ist. Der Stundenlohn der jetzt im Betrieb beschäftigten Arbeiterinnen, soweit sie als Fernende nicht zu betrachten sind, soll von 14 Pf. auf 18 Pf. pro Stunde erhöht werden. Auch sollen Scheuermeister und Küher von den Fabrikanten geliefert werden.

In der Bismarckstraße von E. Hermann (Eig. Woldan) haben die Tabakarbeiter seit 15. August v. J. bis jetzt mit ganz einschneidender Verlässlichkeit gearbeitet, um die Folgen der Tabaksteuer dadurch zu überwinden. Wiederholt hatte die Firma erklärt, daß die Arbeiter voll beschäftigt werden können, wenn sie sich Lohnabsätze oder sonstige Verschleierungen gefallen lassen würden. Die Arbeiter lehnten dies Ansuchen ab; darauf wurde ein Teil der Arbeiter entlassen. Als am Freitag wiederum 30 Arbeiterinnen wegen hoher Löhne gekündigt wurde, erklärten sich die noch verbleibenden Arbeiter mit dem Entlassenen solidarisch und reichten ebenfalls die Kündigung ein.

Die Bismarckarbeiter der Firma F. C. Wendel in Neuenkirchen bei Welle sind in eine Sohnabewegung eingetreten. Bugun ist ferngehalten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. August.

Geschichts-Kalender.

31. August.

- 1821 Der Mainzer Fürst Hermann Ludwig Ferdinand von Helldorf in Potsdam.
- 1864 Ferdinand Lassalle †.
- 1875 Der Geograph Oskar Peschel in Leipzig †.
- 1909 Griechische Prinzen schloßen Stand von den Panoffeln.

Prämienwünsche an die Handelskammern enthält folgendes „Westdeutsche Mittelstandsorg.“. Das Blatt enthält folgende Schönergebnisse:

Wenn die Konsumvereinsbewegung so weiter schreitet wie in den letzten Jahren, dann ist in zehn Jahren der größte Teil der Lebensmittelmittelstände und verwandten Branchen von der Existenz verdrängt, und Tausende von Existenzen werden vernichtet sein. Andere Berufsstände werden ebenfalls weichen, sobald die Tragweite dieser Gefahr überhaupt nicht zu übersehen ist. Tausende von Angehörigen, Verwalter und Beauftragten, Geschäftsmänner usw. werden heillos und hilflos dadurch auf dem Arbeitsmarkt. Die vielen Familien, die bisher die Wirtschaften befruchteten, werden verschwinden. Sozialhygienische Lebensbedingungen und Verschönerungsarbeiten werden nicht mehr erlaubt, Gesunden und Kranken haben keine Arbeit mehr für ihr Kontorpersonal, die Konsumvereine werden die meisten Branchen auf das schwerste schädigen.

Der Artikelhändler behauptet dann weiter, Genossenschaftler hätten die Mitglieder der Mittelstandsvereinsbewegung sozialisiert, er konstruiert außerdem angebliche Überforderungen

des Genossenschaftswesens, und faßt schließlich seine Wünsche in folgender Weise zusammen:

„Die hohe Handelskammer und die Mittelstandsvereinsbewegung in erster Linie für eine angesehene Bekämpfung der Konsumvereine einzutreten. Sie mögen ferner dahin wirken, daß dem Namen angemessen, auch nur Arbeiter Mitglieder der Konsum- und Produktionsgenossenschaft christlicher Arbeiter werden können. Sie mögen die ungeliebliche Warenabgabe weiter verfolgen und das Lieferantengeschäft verhindern. Wir bitten ferner, die nun ins Leben gerufenen Kleinhandelsausstände weiter auszubauen, damit die Kleinhandelsangehörigen Gelegenheit erhalten, ihre berechtigten Wünsche anzubringen.“

Der Mann, der diese Forderungen aufgestellt hat, braucht sich hoch eigentlich nicht darüber zu wundern, wenn die Mitglieder der von ihm erwähnten Konsum- und Produktionsgenossenschaft christlicher Arbeiter in Rheingold heute seines Schlags nicht in die Liste der bevorzugten Lieferanten aufnehmen. Im übrigen kann das Steuerrecht der Konsumvereine nicht mehr gut verschleiert werden, und die anderen Wünsche haben keine Aussicht auf Erfüllung. Die Handelskammern könnten sich nur blamieren, wenn sie sich zum Sprachrohr solcher Wünsche machen würden.

Gesundheits- und Kleinhandel.

Bei seinem Bestreben, die Detailisten für seine Zwecke zu gewinnen, greift der Gesundheits- und Kleinhandel zu recht absonderlichen Mitteln. Er plant die Errichtung einer eigenen Genossenschafts-Abteilung, die den Gesundheits- und Kleinhandlern zu Hilfe kommen soll. Unter anderem soll diese Genossenschafts-Abteilung den Kredit der Angehörigen des Mittelstandes dadurch heben, daß sie die Diskontierung von Buchforderungen übernimmt. Begriffsklärer sind die Genossenschaftsverbände, die zahlreiche Gesundheits- und Kleinhandlern auf gesunder Basis das Kreditbedürfnis der Gesundheits- und Kleinhandlern zu befriedigen suchen, von diesem Einbruch des Gesundheits- und Kleinhandels in ihre Domäne nicht sonderlich erbaud. Die „Blätter für Gesundheitswesen“ haben dem Gesundheits- und Kleinhandel mit Recht eine Abgabe erteilt, und in recht beachtenswerter Weise den Nachweis geführt, daß die Diskontierung von Buchforderungen die Aufgabe der betreffenden Kreditvereine ist. Auch die „Westdeutsche Gesundheitszeitung“, das Organ des Verbandes deutscher kaufmännischer Genossenschaften, will von dem Vorhaben des Gesundheits- und Kleinhandels in der angeregten Richtung nichts wissen. Das ist nun so beachtenswert, als der Gesundheits- und Kleinhandel einen Zentralausschuß der Verbände des deutschen Detailhandels zu bilden. Dieser soll so zusammengesetzt sein, daß Vertreter der wichtigsten dieser Verbände zu einem dauernden Ausschuss berufen werden. Der Ausschuss soll im Rahmen der Ziele des Gesundheits- und Kleinhandels für die wirtschaftlichen Interessen des Detailhandels, des Mittel- und Kleingewerbes arbeiten, Wünsche und Anregungen aus den betreffenden Kreisen entgegennehmen, und sie im Rahmen des Gesundheits- und Kleinhandels wiederum vertreten. Wie es heißt, soll sich eine Anzahl von Verbänden bereits zum Beitritt bereit erklärt haben. Maßgebende Vereinigungen der Detailisten stehen diesen Bestrebungen des Gesundheits- und Kleinhandels gegenüber. Sie verlangen nach wie vor, daß der Gesundheits- und Kleinhandel vor allem die Konsumvereine bekämpft, und die Berliner „Sozialwarenzeitung“ erklärt in ihrem Nr. 30, die Detailisten dürften sich vom Gesundheits- und Kleinhandel fernhalten. Im Kampf gegen die prinzipiellen und schärfsten Gegner des Mittelhandels lehne der Gesundheits- und Kleinhandel alle praktischen Redensarten die Mithilfe ab, er sei daher auch überflüssig als Vermittler. Auch die „Westdeutsche Gesundheitszeitung“ wendet sich in ihrer Nr. 30 vom 23. Juli gegen den Gesundheits- und Kleinhandel, weil er die Regelung des Submissionswesens übernehmen und deshalb Rundfragen an die Handelskammern entsenden will. So meint es der Gesundheits- und Kleinhandel mit allen Mittelhandlern zu verberden. Seine praktischen Vorschläge zur Hebung des Mittelstandes gefallen ihnen nicht, und was sie verlangen: eine uneingeschränkte Bekämpfung jeglicher Konsumgenossenschaftlichen Betätigung, kann der Gesundheits- und Kleinhandel nicht zugehen. Er erstrebt so, wie schon gesagt ist, die Mittelhandler in einer gemeinsamen Organisation zu gemeinsamem Handeln zu vereinigen.

Sonntagsabgeordneter Bleichs gestorben. Rektor A. Bleich, einer der drei Breslauer Sonntagsabgeordneten, ist am Sonntag Abend, 65 Jahre alt, gestorben, nachdem er Breslau sieben Jahre im Landtage vertreten hat. Nämlich seit der Zeit, da die Freisinnigen Selbstmordattentat trieben. Herr B. gehörte dem Zentrum an und trat öffentlich nur wenig hervor. Freilich ging ihm jene robuste Art, durch die sein Kollege Stroffer sich hervorhob, oblag. Wo es galt, Stellung zu nehmen, tat er es in vorstelliger und schärfster Form. Besonders in der Wahlrechtsfrage zeigte sich das. Als ihn am 6. Februar die Arbeiterdeputation anrief, um ihn über die Wahlrechtsfrage zu interpellieren, antwortete er heftig, aber zurückhaltend und unbestimmt, so daß die Delegierten das Gefühl hatten, daß Herr Bleich weder Fisch noch Fleisch war. Immerhin versprach er, für die geheime und direkte Wahl einzutreten. Seine Fraktion ist dann bekanntlich zurückgezogen worden und hat es verschuldet, daß die Wahlreform zu Falle kam.

Rektor Bleichs war am 19. April 1846 in Forstendorf, Kreis Namslan, geboren; er wurde 1866 Lehrer, 1882 wurde er Rektor, war seit 1897 Herausgeber des katholischen Lehrerbülletts, seit 1900 des „Bundbuches über die katholischen Lehrerbülletts“, seit 1900 des Provinzial-Schlesien, des West- und Ostschlesien und „Vollversteher“, der Zeitschrift und der Schreibweise für „Streitschrift“ usw. und verfaßte zahlreiche Arbeiten in pädagogischen Fachbüchern. Von 1892, dem Zeitpunkt der Gründung, bis zum Jahre 1906 war er Vorsitzender des Vereins katholischer Lehrer Schlesiens.

Der Tod dieses Abgeordneten macht noch für dieses Jahr ein Ersatzwahl notwendig und zwar durch die im Jahre 1906 gewählten Wahlmänner. Für verstorbene und verzogene Wahlmänner haben Neuwahlen stattzufinden. Bei der letzten Wahl erhielten die Konservativ-Kristallen 259, die Liberalen 532 und die Sozialdemokraten 330 Wahlmänner, so daß, da viele Wahlmänner, besonders der Liberalen, der Wahl fernblieben, die Blau-Schwarzen im ersten Wahlgang die Mehrheit hatten. Zweimal freilich wird ihnen das Steigen doch wohl etwas schwerer gemacht werden, denn im gegenwärtigen Augenblick will das Volk vom Schnapsbrot und seinen Bräutern weniger wissen denn je. Wir wenigstens stehen mit freudigem Mut in dem Wahlkampf und wünschen nur, daß er recht bald sein möge!

Zum Streik der Klempner. Zwischen der Innung und dem Gesellenausschuß und dem Vorstehenden des Metallarbeiterverbandes, Philipp, fanden am Sonntagabend Verhandlungen statt. Die Streikenden hielten am Montag im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab, in der der Obmann des Gesellenausschusses, Krause, einen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen erstattete. Nach diesem Bericht sind es sehr häßlich geworden, ohne daß ein Resultat erzielt worden ist. Die Innung bewilligte eine Lohnsteigerung von 3 Pf. und für das Jahr 1912 eine weitere von 2 Pf. Dieses Angebots ist beinahe immerhin einen Fortschritt gegen den bisher von der Innung eingenommenen Standpunkt. Die Verhandlungen wurden seitens der Innung abgebrochen, es kann daher von einem Streik nicht die Rede sein. Von längerer Andauer, in welcher Hinsicht wurde, daß bereits zehn Betriebe mit 22 Schülern den Gesellenausschuß unterzeichnet haben, wurde berichtet, daß, wenn der Gesellenausschuß oder die Organisationsleitung seitens der Arbeitgeber angetrieben wird, sie unterhandeln können. In der Versammlung machte sich ein harter Kampf bemerkbar.

Der Amtsrichter von Breslau erteilt auf eine Beschlagnahmeforderung folgenden Bescheid:

Auf das Schreiben vom 26. d. Mis. beschneide ich hiermit die erste Angelegenheit der am 28. d. Mis. in Achtung gelassener Beschlagnahmeforderung öffentlichen politischen Versammlung, mit dem Bemerkung, daß der Zusatz „sofort“ in Ihrer Angelegenheit überflüssig ist, da diesfalls sämtliche eingehenden Sachen sofort erledigt zu werden pflegen.

Der Amtsrichter: von Biers. Wir können es dem Herrn Amtsrichter nachsagen, daß ihn als Herrn und Amtsrichter das „sofort“ ärgert. Er wendet sich aber mit seinem Protest an die falsche Adresse, da nicht der Beschlagnahmeforderung der Beschlagnahmeforderung selbst dieses Angelegenheit Wort in das Gesetz mit aufgenommen hat. Der Paragraph 5 des Verordnungs-Gesetzes, Absatz 2 lautet wörtlich: „Weber die Angelegenheit der Beschlagnahmeforderung sofort eine kostenfreie Beschlagnahmung zu erteilen.“ Also, Herr Amtsrichter, wir sind unzufrieden! Wir bestätigen Ihnen aber gern, daß Sie unsere Anmerkungen prompt erledigen. Im Gegenzug zu einigen Ihrer Kollegen, wie die Amtsrichter in Ebnshorn, Deuthen u. a.

Unfallrente nach der Heirat. Das Reichsgericht hat im Juni 1910 ein Urteil gefällt, das für Arbeiterfrauen sehr wichtig ist. Darnach kann die Ehefrau eines Arbeiters, die vor der Heirat verunglückt und deshalb eine Unfallrente bekommt, diese Rente nach der Heirat weiter verlangen; sie darf ihr also nicht entzogen werden.

In der Sitzung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtspräsidenten. Arbeiternehmer, hielt Genosse Philipp einen gemeinschaftlichen Vortrag über „Lehrverträge“. Ehe der Redner auf das eigentliche Thema einging, behandelte er die Frage über den Begriff „Lehrvertrag“. Wer ist Lehrling? So einfach die Frage erscheint, so hat sie doch ihre Schwierigkeiten. Lehrling ist, wer in einem Lehrverhältnis steht, d. h. er steht in seinem Arbeits- oder Lehrverhältnis. Daraus resultiert die Folgerung, daß junge Menschen, die in einen Betrieb eintreten, um das Gewerbe zu erlernen, nicht etwa als Arbeitsburden eingestuft und beschäftigt werden können. Gewerbetreibende, die Lehrlinge nicht halten dürfen, werden gar oft den Trüben an, Ansehen als Arbeitsburden zu stellen, die in Wirklichkeit fast alle zu leisten haben, wie in anderen Betrieben die Lehrlinge. Beim Lehrvertrag ist besonders die Form, das ordentliche und außerordentliche Kündigungsrecht, wie die Entscheidung des Lehrherrn und des Lehrlings bei rechtswidriger Auflösung zu beachten. Der Lehrvertrag, welcher innerhalb vier Wochen nach Beginn der Lehrzeit abzuschließen ist, gilt jedoch nur dann als ein schriftlicher, wenn er die Bezeichnung des Gewerbes, Dauer der Lehrzeit, gegenseitige Leistungen und die Aufhebungsklausel aufweist, sobald vom Gewerbetreibenden oder seinem Stellvertreter, dem Vater oder Vormund des Lehrlings oder vom Lehrling selbst unterschrieben ist.

Der Lehrvertrag muß also 3 Unterschriften haben. Der von der hiesigen Handelskammer entfaltete noch besondere Bestimmungen, die jedoch schon durch die Gewerbeordnung und das bürgerliche Gesetzbuch geregelt sind. Für das sogenannte ordentliche Kündigungsrecht ist vor allem § 127b der Gewerbeordnung maßgebend. Derselbe bestimmt, daß der Lehrvertrag innerhalb vier Wochen nach Beginn der Lehrzeit einseitig gelöst werden kann (Vorbereit). Nachher kann der Vertrag nicht mehr beliebig gelöst werden, sondern nur unter Anwendung des sogenannten außerordentlichen Kündigungsrechts. Hinsichtlich der Gründe, welche nach Ablauf der Vorbereit zur Auflösung führen können, ist zwischen den Rechten des Lehrherrn und des Lehrlings zu unterscheiden. — Grundlegend hierfür ist § 127 b Abs. 2 der G.-O. — Diese Bestimmung besagt im wesentlichen, der Lehrling kann entlassen werden, wenn einer der in § 123 vorgezeichneten Fälle auf ihn Anwendung findet oder wenn er die in § 127 a angelegten Pflichten nicht erfüllt. Verletzt oder den Versuch der Fortbildung- oder Fachschule verweigert. Der Lehrvertrag wird durch den Tod des Lehrlings aufgehoben. Natürlich müssen es ernste Pflichtwidrigkeiten sein, welche zur Entlassung berechtigen.

Eine Vernachlässigung der Schule liegt nur vor, wenn der Lehrling den Lehrling zu neuem regelmäßigen Schulbesuch nicht bewegen kann. Von Seiten des Lehrlings kann die Auflösung erfolgen, wenn einer der in § 124 vorgezeichneten Fälle vorliegt. Wenn der Lehrling seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder das Recht der väterlichen Zucht mißbraucht oder zur Erfüllung der ihm obliegenden Verpflichtungen unfähig ist. Durch den Tod des Lehrherrn gilt der Vertrag als aufgelöst, sofern die Aufhebung binnen 4 Wochen geltend gemacht wird. Die Auflösung der Lehre gilt auch, wenn der Lehrling zu einem anderen Gewerbe oder Beruf übergegangen beabsichtigt; der gesetzliche Vertreter hat die diesbezügliche Erklärung abzugeben und nach Ablauf von 4 Wochen gilt die Lehre als aufgehoben. Den Grund der Auflösung hat der Lehrherr im Arbeitsbuch zu bemerken. Jedoch darf in diesem Falle der Lehrling binnen 9 Monaten von einem anderen Arbeitgeber ohne Zustimmung des früheren Lehrherrn nicht beschäftigt werden. Welches sind die gesetzlichen Folgen einer widerrechtlichen Auflösung des Lehrvertrages? Philipp behandelte diese Frage ausführlich. Allgemein gilt hier die Vorschrift, daß der Lehrherr wie der Lehrling innerhalb 4 Wochen ein Ansuchen auf Entschädigung erheben darf. Nach 4 Wochen ist der Anspruch verjährt. (§ 127 f. G.-O.) Die Höhe der Entschädigung bemißt sich mangels einer Vereinbarung nach dem Maße des nachweisbaren Schadens; dieser ist jedoch bei Vertragsauflösung infolge unbesugten Verlassens der Lehre an ein gewisses Maximum gebunden, sie darf höchstens die Hälfte des in dem Gewerbe des Lehrherrn den Gesellen oder Gehilfen ordentlich bezahlten Lohnes nur auf die Dauer von 6 Monaten erreichen. Damit ist die Materie des Lehrvertrages keineswegs erschöpft. Philipp hält es für durchaus erforderlich, daß über die lokale Gesetzgebung immer mehr Aufklärung gegeben werden müsse; soviel auch darüber gesprochen und geschrieben worden ist, immer noch weise sich in vielen Dingen Unkenntnis. Die Debatte war erfreulicherweise recht reg; hauptsächlich ging man darauf ein, ob der Lehrling verpflichtet ist, wenn das Gesellenstück nicht ausreichend erscheint, ohne Entgelt eine gewisse Zeit nachzutreten.

Das Gewerbegericht hat hierauf keinen Einfluß, es ist nicht befragt, irgend sein Votum in die Waagschale zu legen. Wir meinen, daß, wenn der Lehrling nach vierjähriger Lehrzeit nicht instande ist, die Gesellenprüfung zu bestehen, daran der Meister die größte Schuld trägt. Hier ist es Sache der Gesellenvereine, auf dem Posten zu sein. Es wurden alsdann noch Erfahrungen über die Rechtsprechung ausgetauscht. Es wurde hervorgehoben, daß der Gewerbeichter Dr. Brocklein mit Arbeit überlastet sei, was im Interesse der ganzen Institution sehr zu bedauern ist. Unbedingt sei die Einrichtung einer zweiten Kammer erforderlich. Bezüglich der Vergütung wünschte man, daß bei prinzipiellen Sachen bessere Urteile ergehen müßten. Ebenso sollte man von Vergleichen absehen, wenn es klar hervorgeht, daß eine Partei vollkommen in ihrem Rechte ist. Den Besuch der Meistervereinsversammlungen sollte doch kein Meister verabsäumen, es haben in letzter Sitzung mehrere unentschieden gelehrt.

Kurz vor Resolution an den Kaiser. Die von den Fleischern abgelehnt werden soll, hatten wir gesagt, daß ein betrieblicher Journalist bei dem Versuch an die Zeitungen von den Fleischern erhalten habe. Herr Hof. Berger, Wiltbergstraße 16, teilte uns dazu mit, daß er als Berichterstatter in der Fleischerverammlung anwesend gewesen ist und dann die Resolution an die Zeitungen weitergegeben habe. Wir geben zu, daß es auch so gewesen sein kann, müssen aber unter Vorbehalt darüber ausprechen, daß ein Breslauer Journalist eine derartige Veröffentlichung durch den Berliner und dann erst den Breslauer Blättern zu geben läßt. Die Berliner Blätter konnten einem halben Tag über die Sache berichten wie die Breslauer. Aus diesem Grunde nahmen wir damals die Resolution auch nicht an. Das muß doch befremden, noch dazu in einer Zeit, wo der Ruf: „Los von Berlin!“ geradezu Lösungswort in Breslau geworden ist.

Mittelbürger! Bitte, weicht auf öffentlichen Plätzen, Straßen und Gartenanlagen keine Papiere und Scherben fort. Steuerzahler, drückt an eure Geldbeutel und helfe mitwirken, daß Breslau ein sauberer Stadt wird.

Heute ist Versammlung!

Der Kriesenkampf der Werftarbeiter im Norden Deutschlands erregt mehr denn je das Interesse aller Arbeiter. Es wird deshalb notwendig sein, daß die heute, Dienstag im „Gewerkschaftshaus“ stattfindende öffentliche Gewerkschafts-Versammlung von Arbeitern aller Gewerkschaften recht zahlreich besucht wird.

Heute ist der letzte Tag.

In dem die Stadtverordneten-Wählerliste ausliegt. Bis um 7 Uhr Abends kann jeder noch nachsehen, ob er in dieser Liste eingetragen ist. Große Eile tut also not bei denen, die das bis jetzt veräumt haben. Arbeiter, sichert Euch das Wahlrecht!

„Volkswacht“-Agitation.

Sonntag, den 4. September, findet von dem Lokal von Kulle, Luisenstraße 13 aus eine Agitation für die „Volkswacht“ statt. Die Agitation am letzten Sonntag hat uns über hundert Abonnenenten gebracht.

Wir bitten alle Parteigenossen, an dieser so fruchtbringenden Arbeit teilzunehmen! Der Boden ist von unseren Gegnern auf das vorzüglichste bestellt worden, wir aber dürfen nicht vergessen, uns dankbar zu erweisen und die Ernte rechtzeitig einzuholen. Wer auch nur eine Stunde seines Sonntags für seine Presse opfern will, der erscheine pünktlich um 8 Uhr Morgens in dem oben angegebenen Lokale.

Das Volk gegen den Kaiser. Auch die Genossen in Pöpelwitz veranstalten am Donnerstag eine öffentliche Volksversammlung gegen die Kaiserrede und zwar im Saale von Knappe in der Pöpelwitzstraße. Referent ist Parteisekretär Gust. Scholich. Es genügt wohl dieser kurze Hinweis, um die Genossen zu veranlassen, ebenfalls in großen Scharen zu erscheinen. Nütze die Zeit! — Die Genossen von Hartlieb und Umgebung veranstalten ihre Rundgebung am 14. September. Dort wird Genosse Albert das Referat halten.

* Konjum- und Sparverein „Vorwärts“. Heute, Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im Kronprinzen, Westendstraße 50/52. Referent: F. Schlegel.

* Mädchen in der Nordwesten-Ausstellung. Ein Vater schreibt uns: Zu dem Artikel in der ersten Beilage zu Nr. 201 der „Volkswacht“ über die Kriegsmarine-Ausstellung muß ich mitteilen, daß auch die Schülerinnen der 87. Volksschule von der Anwartsstraße am 27. d. M. in Begleitung ihrer Lehrer die Ausstellung besucht haben. Die Schülerinnen der ersten Klasse mußten den Sonntag über sogar einen Ausflug (!) über den See in der Ausstellung antreten und am Montag mit in die Schule bringen. Wenn vor solchen ein derartiger Ausfall verlangt wird, so läßt man es sich schließlich gefallen. Aber Mädchen könnte man mit derartigen Ausflügen wohl wirklich verhindern.

Meine Tochter, sonst nicht die Dummste, konnte sich von den Vorgesetzten, Kreuzern, Torpedobooten, Kanonenbooten usw. nicht die geringste Vorstellung mehr machen. Ob andere Lehrer hierüber verständiger denken, konnte ich leider nicht in Erfahrung bringen.

* Omnibusverbindung nach Brodau. Am Sonntag, den 4. September ca. verkehren anlässlich der Brodauer Festwoche von nachmittags 2 Uhr ab Omnibusse von Rothkrämer (Endstation der Straßenbahn) über Klein- und Groß-Schönau nach Brodau, Festwoche. Fahrpreis bis Groß-Schönau 10 Pf., bis Brodau 15 Pf.

* In der Straßenbahn liegen geblieben. In der Zeit vom 15. bis 21. August 1910 sind in den städtischen Straßenbahnen folgende Gegenstände gefunden worden: Ein Damenhemd, ein Palet, enthaltend einen Stock und eine Schürze, ein braunes Portemonnaie, enthaltend 2,45 Mk., ein Schirm, ein Palet, enthaltend Wäsche, zwei leere Zigarettenstücken, ein Paar Damenhandschuhe, ein Damenregenschirm, ein schwarzer Glacédamenhandschuh, ein Schlüssel mit Ring, ein gelber Sonnenschirm, ein Damenregenschirm, ein Buch, neu. Sped-Snob, ein schwarzes Lederstück, enthaltend Schreibzeug, ein Damenhemd, ein gelbes Handeisgeschloß, zwei Schirme, ein Brotkorb in braunem Lederbergzug.

* Südpark-Konzert. Mittwoch Abend findet das 32. (letzte) Südpark-Konzert des Orchestervereins statt. Im ersten Teil des Programms stehen Kompositionen von v. Albert, Rubinstein und Hoffmann, im zweiten Teil kommt die gigantische C-Moll-Sinfonie Nr. 5 von Beethoven und im letzten Teil Werke von Wagner, Beethoven, Haydn und Joh. Strauß zur Aufführung. Anfang 7 1/2 Uhr. Abonnementskarten und Geste verlieren nach diesem Konzert ihre Gültigkeit. Die letzten billigen Billets zu 27 Pf. sind in der Expedition der „Volkswacht“ zu haben.

* Victoria-Theater. Heute, Dienstag, den 30. August, findet die vorletzte Vorstellung der großen Revue „Breslau, was sagst Du nun“ statt. Morgen, Mittwoch, gelangt die Revue zum 91. und letzten Male zur Aufführung. Donnerstag, den 1. September, beginnt das Victoria-Theater mit der Variete-Saison.

* Warnung für den Fuhrwerksverkehr. Der Polizeipräsident sieht sich infolge sich häufender Verletzungen der bestehenden Polizeiverordnungen und Befehle veranlaßt, dringend einzuschärfen, daß die Fuhrwerke rechts anzuhalten und links zu überholen haben; daß die Zeichen der überholenden Gefährte genau zu beachten sind; die Fahrer von Fuhrwerken sich vor dem Einschlagen zu hüten haben; die Gelbpanne nicht unbeaufsichtigt auf der Straße stehen lassen dürfen und die Wagen während der Dunkelheit vorwärtsmäßig zu beleuchten haben. Gegen Verletzungen aller dieser Vorschriften wird unmissverständlich vorgegangen werden.

* Dachstuhlbrand. Am Montag nachmittags 4,40 Uhr erste die Feuerwehre nach dem Grundstück Pöpelwitzstraße 16; hier war in einer der Bodenstammern Feuer ausgebrochen, das alsbald auf den Dachstuhl übergriff. Die Wehr führte mehrere Schlauchgänge über die Funtreppe und einen über die Magazinfächer an den Brandherd und besonders die Motorpumpe wurde wiederum so kräftig, daß die Flamme in einer halben Stunde gedämmt waren und auf diese Weise nur einige Bodenstammern zerstört worden sind, deren eine neue Balken erhielt. Die Gesamtfläche sind aber alle versichert gewesen.

* Geldbeutel wurden 60 Mark bar Geld, ein Damenhemd, ein Pompadour mit Inhalt, ein Dolch mit Scheide, ein Hundeschlüssel, eine Lederkassette mit Papier, ein Maulkorb, ein Vincennes mit Futteral, ein Handtäschchen mit Inhalt, ein Pompadour mit Inhalt, sowie eine Kostüme für berittene Truppen.

* Mit einem Dolche erschossen hat sich am Montag nachmittags in seiner Wohnung im vierten Stock, Pöpelwitzstraße 66, der Tapezierermeister C. F. v. H. Der dort etwa 1/2 Jahr wohnhafte 60jährige ledige Mann litt seit längerer Zeit an Nervenerkrankung und sollte an dem Tage in die Irrenanstalt überführt werden. Als der Bezirksvorsteher, der Hauswirt und einige andere Personen am Nachmittage in der Wohnung erschienen, fanden sie wohl tot in seinem Bette liegen; er hatte sich, um der Ueberführung zu entgehen, eine tiefe Wunde in der Herzgegend beibracht.

Eingelandt.

Wieder hierher durch den Postdienst mit demselben Postamt und unserm Referat für die mit nur die preußische Staatsverwaltung überlassen. Redaktion der „Volkswacht“

Aus dem zoologischen Garten.

Am letzten „billigen Sonntag“ ging ich mit meiner Familie und einem auf Besuch hier weilenden Bekannten in den Zoologischen Garten. Um in den Genuss des Konzerts zu kommen, ließen wir uns an einem Tisch nieder. Bei dem erscheinenden Kellerer bestellten wir Bier, das wir mit 20 Pf. für das Glas bezahlten. Nachdem wir uns später von den Plagen erhoben hatten, kam der beliebende Kellerer Nr. 23 auf uns zu. In breiter Weise fuhr er meinen Bekannten mit den Worten an: „Sie, Sie haben mir kein Trinkgeld gegeben, wir sind hier auf Trinkgeld angewiesen, das werden Sie sich, das nächste Mal bekommen Sie aberhaupt nicht.“

Mein Bekannter, der aus einem anhaltischen Landorte nach hier kam, war natürlich über solche Dreistigkeit sehr erkömt. Auf die Einmündung, daß das Bier mit 20 Pf. gut bezahlt sei, entgegnete der Kellerer, dies sei noch viel zu billig. Wenn nun im Restaurant des Zoologischen Gartens ein wirklicher Trinkgeldbergwang besteht, was ja ohne weiteres nicht angenommen werden kann, sollte es wenigstens durch Plakate bekannt gegeben werden.

Das Publikum hat es doch nicht nötig, sich sein Glas Bier freiwillig durch die Trinkgeldernisse noch zu verteuern. Durch solche Vorommnisse kann man zum Schluß um den Genus des ganzen Tages kommen.

F. D., Bestenstraße 17.

Neueste Nachrichten.

Wilhelm II. rehet weiter.

In Marienburg (Westpr.) hat der deutsche Kaiser gestern eine Rede gehalten, die gewissermaßen eine Erklärung und Rechtfertigung seiner gegen das Volk gerichteten Reden in der Rebe darstellt. Telegramme melden darüber:

Marienburg, 30. August. Der Kaiser hielt im Schlosse vor den ostpreussischen Junkern einen Trinkpruch, worin es unter anderem heißt, daß er sich ganz besonders stolz und glücklich fühle, daß er auch als Gutbesitzer verstanden und alle Freuden und alle Sorgen des Landwirts mitempfunden könne und so in der Lage sei, sich über die Gefahren und Gefährte seiner Nachbarn zu orientieren. Wilhelm fuhr dann fort: „Die Provinz Westpreußen bietet in ganz besonderer Weise das Bild des Zusammenwirkens der verschiedenen Elemente, die dazu beitragen, die Stärke und Größe des Vaterlandes auszumachen. Wir sehen die Seestadt mit ihrem Handel, wir sehen die Industrie mit ihrer großen Schule, wir sehen die Industriefabriken auf dem Lande und auch die elektrische Industrie, die immer mehr der Landwirtschaft untertan wird. Das Zusammenwirken dieser Elemente in dieser schönen Provinz hat dieselbe in den letzten 10 Jahren gefördert und emporgebracht. Woburd ist jedoch aber möglich gewesen? Dadurch, daß der Friede dem Lande erhalten wurde. . . . Also die gemeinsame Arbeit aller Stände und Berufsstände fördert das Land und die Provinz, und diese gemeinsame Arbeit möchte ich auch auf das große Vaterland übertragen sehen. Sie sind hier versammelt in der alten Marienburg, dieses gewaltige Bauwerk, ein äußeres Zeichen der Macht und Größe, die in dem deutschen Orden sich ausdrückte, die große Quelle, von der aus die deutsche Kultur über die Dürande sich ergoß, fürwahr eine stammeswerte Arbeit unter unendlichen Schwierigkeiten. Was lehrt uns die Marienburg und der deutsche Orden, der Unterem Königtum das zugehörte Jüter mit dem Schwarzen Adler auf albernem Felde gab? Durch feierliches Gelöbnis waren sich die Ordensritter anzutun und stellen ihr Wert unter die Obmacht eines Obherrn. Durch diese einseitige Geschlossenheit hat der Orden diese unerhörte Leistung hervorgebracht. Das soll für uns ein Vorbild sein. Das Kreuz auf seinem Gewande bedeutet die Unterordnung unter des Himmlischen Willen, es bedeutet, daß Deutschland und Christentum untrennbar von einander sind. Was sollen wir daraus lernen? Daß dies eine Illustration für das Wort ist, was Ich neulich in Königsberg gesprochen habe: So wie Mein seliger Großvater und wie Ich uns unter der höchsten Obhut und dem höchsten Auftrage unseres Herrn und Gottes arbeitend darzustellen habe, so nehme Ich das von einem jeden christlichen Christen an, wer es auch sei. Wer in dieser Gesinnung arbeitet, dem wird es aber klar, daß das Kreuz auch verpflichtend ist. Wir sollen in brüderlicher Liebe zusammenhalten, die Konfessionen und die Stämme. Wir sollen einem jeden Stamme seine Eigenheit und Eigenart lassen. Es sollen die Stämme und die Berufsgruppenhalten die Hände ineinander schlagen zu gemeinsamer Arbeit zur Erfüllung der staatlichen Verantwortlichkeiten. Der Landwirt schlage in die Hand des Kaufmanns ein, dieser in die Hand des Industriellen. Der Ingeheilige einer Partei erarbeite die Hand des Andersgestimmten, wenn es darauf ankommt Großes für unser Vaterland zu tun, und eine Konfession trage die andere mit Liebe. Dann werden wir dem Vorbild der großen deutschen Männer, die hier einst gestanden und gearbeitet haben, nachkommen. Dann werden wie die Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen — und sie werden sich die nicht finden — überwinden. Leben heißt arbeiten, arbeiten heißt kämpfen, kämpfen heißt Schwierigkeiten überwinden und die werden mit gegenseitiger Achtung und mit gegenseitiger Hilfe überwinden, wenn man sie als von oben uns in den Weg gelegte Prüfsteine ansieht.“

Das Ich hier von Ihnen verstanden werde, das verdirgt Wir die Festanung der Provinz und von Ihnen hoffe Ich, daß Wir Ihre Mitarbeit zuweilen wird. Das Gelöbnis nehme Ich von Ihnen mit, genau in demselben Wortlaut, wie einst das alte Leib-Gründungs-Kreuz, als es in die Reichsritterzeit ausgedrückt. Das soll ein Wort sein! Die Provinz Westpreußen: Hurra, hurra, hurra!“

Es ist jedenfalls ein bemerkenswertes Symptom, daß der Kaiser durch die öffentliche Meinung gezwungen ist, und zwar zum ersten Male in seinem Leben gezwungen ist, eine Rede von ihm näher zu erläutern. Und das umso mehr, als er ja erst eben erklärte, er kümmere sich nicht um Volksmeinungen und Volksbeschle. Ja ja, so geht's — Wilhelm II. wird noch ganz andere Konfessionen an die oberste Volksmeinung machen müssen — nach den nächsten Wahlen!

Es geht schon los!

Breslau, 23. August. Nach einer Meldung aus Coblenz sind in Koblenz sechs Personen aus den Reihen heraus verschafft worden und wurden nach Wittlich abgeführt, angeblich, weil sie auf der Durchreise des Jarenpaars sich „verächtlich gemacht“ hatten.

Wurfigkeit!

Berlin, 30. August. Offiziell wird mitgeteilt: Der Reichs-Kanzler von Bethmann-Hollweg wird morgen von seinem Landtage Hohenzollern nach Berlin kommen. Diese Unterbrechung seines Sommerurlaubes hat jedoch, wie an amtlicher Stelle verrichtet wird, mit der vielbesprochenen Königsberger Rede des Kaisers nichts zu tun, sondern ist durch die Herbstparade des Garderegiments und die damit verbundenen Festlichkeiten veranlaßt.

Das heißt, die Parade und hier mit ihr verbundene Hummel ist dem Kanzler wichtiger als die durch die Kaiserrede erdachte politische Situation. Das ist nicht nur wahr, und mit bekannter Dreistigkeit wird das der Öffentlichkeit sogar noch mitgeteilt!

Cholera asiatica in Berlin!

Berlin, 30. August. Während die Gesundheitsbehörden bemerkt haben, den Ursprung der Epidemie Cholerafälle zu ermitteln, ist gestern im Norden Berlins ein Choleraerdschüttiger Todesfall vorgekommen. Am Sonntag Abend erkrankte der Oberbergstraße wohnhafte Hausdiener Otto Vogt an Choleraerdschüttigen Erscheinungen, die im Laufe der Nacht sich so kräftigen, daß er Montag früh der Tod eintrat. Unter dem gebotenen Vorkehrungen regeln wurde die Leiche nach dem Charité gebracht. Die 4. 8. geborenen Mitglieder der Familie wurden zur Vollendung und bei diesen Beobachtung nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus gebracht. Obavast, 30. August. Durch die Untersuchung wurde festgestellt, daß das im hiesigen Spital untergebrachte Kindermädchen an Cholera asiatica leidet. Zwei weitere Personen sind gestern auf der Straße erkrankt.

Konstantinopel, 30. August. Gestern kamen in der Stadt zwei Cholerafälle vor, von denen einer einen üblichen Ausgang nahm.

Wo der Jar, da ist der Tod! Friedberg, 29. August. Hier gibt das Gerücht, daß während des vorgestrigen Schachfestes des Artillerieregiments Nr. 27 ein Unteroffizier dadurch getötet worden sei, daß er, entgegen der Vorschrift, vor Einsetzen des Feuers in die Schachlinie getret und so einem krepirenden Geschöß getroffen worden sei.

Die Angst um den gekrönten Verbrecher. Friedberg, 29. August. Bezüglich des Eintritts in das Schloss selbst haben die Posten die Befehle bekommen, niemand durchzulassen, der nicht eine besondere vom Hofmarschallamt schriftlich angeforderte Erlaubnis dazu hat. Der Posten darf nicht einmal einen Offizier seiner eigenen Truppe durchlassen, der nicht im Besitze eines solchen Ausweises ist. So kommt das Straßensbild langsam in ein ganz anderes Aussehen, es bekommt einen Stich ins Raffische. Und dieser Eindruck wird verstärkt durch die Masse der Geheimpolizisten, die sich in den Straßen zeigen. Es sind zum Teil heftige Gebarden, die sich im auffälligen Hüll sich gar unbehaglich vorfinden und die sich mit ihren Spargelbüchsen recht ungemütlich und ungeliebt ausnehmen. Gewandter bemerken sich die russischen Geheimen, die in diesem D. auf für den Jaren größte Übung haben.

Friedberg, 29. August. Wenn man sich das Bild außerhalb der Burg am Eingang des südlichen Burgtors betrachtet, so glaubt man sich in die Zeiten des Mittelalters zurückversetzt. Vor und hinter dem Tor, hinter dem Schlagbaum wandern unaufhörlich Soldaten und Polizeibeamte in Hüll auf und ab. Vor dem Torbogen steht ein Doppelposten, dem gleichfalls Polizeibeamte in Hüll zugestellt sind. Sämtliche Wachtloale sind besetzt worden und die Wachen sind anwesend. Zugleich ist im Vorbau eine große Anzahl Kriminalbeamte stationiert, die sofort von dem Posten abgerufen werden, wenn dieser sich im Zweifel befindet, ob diese oder jene Person durchzulassen sei oder nicht. Die Instruktion des Postens lautet dazu so, daß der Kriminalpolizist über den Einlaß des Betreffenden zu entscheiden hat.

Bank im Warenhaus. London, 30. August. In einem Warenhaus zu Leicester kürzte, als es voll Menschen war, die Decke ein und begrub die Wehrzahl der Käufer und Verkäuferinnen unter sich. Die Wehrzahl der Käufer bestand aus Paublenen. Viele derselben retteten sich in den Keller, der infolge des stürmenden Regens der letzten Tage bis zur Hälfte mit Wasser gefüllt war. Kinder und Frauen lagen unter den Trümmern der schweren Decke. Die Zahl der Toten ist noch nicht festgestellt, doch dürfte sie zwanzig überschreiten. Die Leichen weisen meist Schädelbrüche auf, andere wurden mit geschmeterten Gliedern hantoyogen.

Die Annexion Koreas. Wien, 30. August. (S. T. B.) Die japanische Regierung hat nunmehr der österreichischen Regierung von der Annexion Koreas amtliche Mitteilung gemacht.

Neuer Weltrekord. Le Havre, 30. August. (S. T. B.) Der Kolonial Marine hat gestern auf der Flugwoche in Le Havre mit seinem Eindecker eine Höhe von 2040 Meter erreicht und damit einen neuen Welt-Rekord aufgestellt.

Eine türkische Note. Konstantinopel, 30. August. Die Flotte überreichte den Schutzmächten die angeforderte Note. In ihr erklärt die Türkei die Macht der Flotte zur arabischen Nationalversammlung und deren Befähigung für einen friedlichen Akt gegen die türkischen Hoheitsrechte auf Creta. Sie bittet die Mächte, die gegebenen Verpflichtungen zu halten und durch eine endgültige Lösung der Streitfrage die Friede-gelahr abzuwenden.

Wasserstandsrichten der Oden. Tabelle mit Spalten für Pegel, Wasserstand, Wind, etc.

Berichtungen und Vereine. Gewerkschaften. Dienstag, den 30. August. Großhans. Zimmer 2.

Mittwoch, den 31. August. Französischer Unterricht. Abends Punkt 5 Uhr im Zimmer.

Arbeiter-Sängervereinigung. Breslau. Schachklub. Probe. Abends 8 1/2 Uhr im Saale. Singspiele. „Lustiges“, „Guck in den“, „Nicht verzagt“, „Gastgeber“.

Arbeiter-Abfahrter. Zimmer 1. Polgarbeiter-Verein. Maschinenarbeiter-Vereinigung im Zimmer 2.

Handlungsgehilfen. Versammlung im Zimmer 2. Stenographen. (System Arndt). Zimmer 7.

Dienstag, den 1. September. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereines. Abends 7 1/2 bis 9 Uhr im Zimmer 7.

Freitag, den 2. September. Konsumverein „Vorwärts“. Generalversammlung. Eisenbahngewerkschaft. Zimmer 8.

Sonntag, den 3. September. Fabrikarbeiter-Verein. Schichtarbeit. Sozialdemokratischer Verein Breslau (Süd). Neumarkt.

Dienstag, den 31. August. findet eine Zusammenkunft der Vertreter zum Zweck einer Kundgebung der Gewerkschaften in der Pöpelwitzstraße 14. statt.

Zand-Dienst 5 (Dahl Schöner). Dienstag, den 2. September 1910, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung beim Gastwirt Geier, Röhrestraße. 1. Vortrag des Genossen Wolf - Breslau. 2. Vereinskassenberichten.

Ohlau, Kartell. Donnerstag, den 1. September, Abends 8 Uhr: Sitzung im bekannten Lokale.

Brieg, Transportarbeiter. Sonntag, den 4. September, Abends 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Reichel, Doppelnerstraße.

Schmiedeberg, Sozialkommission. Sitzung Mittwoch, den 31. August, Punkt 7 1/2 Uhr.

Schmiedeberg-Bitterthal. Sozialdemokratischer Wahl-

verein Donnerstag, den 2. September, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in der Grundmühle, Ostl. Vorzug a. 2; Wir sind die Kraft.

Sachwitz, Versammlung. Sonntag, den 4. September, Nachmittags 3 Uhr bei Wöhe in Sachwitz.

Landeshut, Sozialdemokratischer Wahlverein. Mittwoch, den 7. September, Abends 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der „Sonne“. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes.

Wunzlau, Große Volksversammlung. Mittwoch, den 31. August, Abends 8 Uhr im „Kronenloale“. Tagesordnung: Die Königsberger Kaiser-Rede und das deutsche Volk. Referent: Genosse Scheib. Frauen sind eingeladen. Der Einberufer.

Schneidemühl. Öffentliche Volksversammlung. Freitag, den 2. September, Abends 7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Groß, Breitelstraße 41. Tagesordnung: Vortrag über „40 Jahre deutsches Reich“. Freie Ansprache.

Kufeke Tausendfach bewährte Nahrung bei Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc. - Kindernahrung - Krankenkost

Am 27. d. Mts. verschied nach längerem Leiden unser Kollege und Mitarbeiter, der Maschinenwärter **Paul Kutschke** im Alter von 53 Jahren. Sein Andenken werden in Ehren halten Die organisierten Kollegen und Mitarbeiter der Lagerbierbrauerei E. Haase. Beerdigung: Mittwoch, den 31. d. Mts., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Gross-Tschansch 59 aus.

Am 27. d. Mts. verschied nach langem Leiden unser Kollege, der Maschinenwärter **Paul Kutschke** im Alter von 33 Jahren. Sein Andenken werden in Ehren halten **Verband der Maschinisten und Heizer** Zahlstelle Breslau. Beerdigung: Mittwoch, den 31. d. Mts., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Gross-Tschansch 59 aus.

Am 27. d. Mts. verschied nach langem Leiden unser Mitglied, der Maschinenwärter **Paul Kutschke** im Alter von 33 Jahren. — Ehre seinem Andenken **Der Sozialdemokratische Verein Breslau-Land-Neumarkt.** Beerdigung: Mittwoch, den 31. August, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Gr. Tschansch 59, nach dem Gemeindefriedhofe.

Verspätet. Am 21. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden unsere wertige Genossin **Frau Anna Mischke geb. Karl** im Alter von 33 Jahren 6 Monaten. Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren Die Genossen des Bezirke IV des Sozialdemokratischen Vereins Sachwitz.

Schauspielhaus Dienstag 8 Uhr: „Das schwarze Schöfflein“. Mittwoch 8 Uhr: „Madame Bonivard“. Donnerstag 8 Uhr: „Im Taubenschlag“.

Einigeschreibgewandte Parteigenossen können sich sofort im **Partei-Sekretariat** Neue Graupenstr. 5, II., melden. **Anzüge** reelle Stoffe, billig. Schmiedebrücke 28, I.

Liebich's Etablissement Dienstag, den 30. August: **Sylvester Schöffler Jr.** und das brillante **Eröffnungs-Programm.** Anfang 7 1/2 Uhr. Im Garten: Philharmon. Orchester.

Jeden Mittwoch und Freitag: **Spezialtag** H. Becker und Pechwurst nach Thüringer Art. **Wettwurst** 1/4 Pfg. 20 Pfg. Bei ein Pfund-Entnahme **75 Pfg.** **Hildebrand,** Hofenthalerstraße 4 und beide Markthallen.

Viktorla-Theater Täglich: „Breslau! was sagst Du nu!“ Kunst in 6 Bildern mit **Henry Bender.** Anfang 8 Uhr. Preise wie gewöhnlich.

Zigarren Zigaretten in Engrospreisen an Wiederverkäufer, Restaurateure und Vereine **Paul Jantke** Posenerstraße 28. Telefon 10911. Werlangen Sie Probe! (Salon Micham Nr. 3 großer Posten noch am Lager.) 4252

Zeltgarten Dir.: H. Krostsch. Vorletzter Abend! **Das glänzende August-Programm** Entree 10 Pfg.

Rohrtabake in großer Auswahl empfehlenswert **Carl Reher & Rode** Breslau I, Hammerstr. 28.

Palmengarten Dir.: H. Krostsch. Dienstag und Mittwoch **geschlossen** wegen Umbauarbeiten bis neuen Dekorations **Original-Palmengarten.** Anfang 1. September.

Bettfedern und fertige Betten. **Spez.: Brandaufkantung, fertige große und kleine, Julius Immerwirth, Bresl., Renningerstr. 22/23.**

Pumpen, Papierabfälle, Kupfer sowie altes Eisen werden gekauft und Metalle werden gekauft **Königs-Strasse 2 12438**

Persil gibt blendend weisse Wäsche, ersetzt die Rasenbleiche und spart Zeit, Arbeit und Geld! Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf,** auch der seit 34 Jahren weltbekanntes **Henkel's Bleich-Soda**

Konsum-Verein für Striegau u. Umg. G. m. b. H. in Striegau.

Sonntag, den 11. September 1910, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthof zum „Fürst Bismarck“ in Striegau eine **Ordentliche Generalversammlung** statt. Die Tagesordnung hierzu lautet: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Bericht des Aufsichtsrates und Entlastung des Vorstandes. 3. Revisionsbericht des Herrn Verbands-Revisors Meier. 4. Genehmigung der Bilanz und Rechnungsabgrenzung über die Zeitspanne der Ertragsjahre. 5. Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat. 6. Anträge. 7. Verschiedenes. Aus dem Aufsichtsrat scheidet freiwillig aus die Genossen Max Klein und Gustav Thomas. In dieser Versammlung haben nur Mitglieder Zutritt. Etwaige Anträge, über welche Beschluss gefasst werden soll, müssen gemäß § 29 unseres Statuts beim Unterzeichneten so zeitig eingereicht werden, dass diese noch 3 Tage vor der Generalversammlung veröffentlicht werden können. Der Geschäftsbericht liegt in den Patentabgabestellen zur Verfügung der Mitglieder aus. **Der Aufsichtsrat** des Konsum-Vereins für Striegau u. Umgegend G. m. b. H. in Striegau. **Paul Köhler, Vorsitzender.**

August Heyne Rohrtabakhandlung 4256 **Breslau, Karls-Strasse Nr. 27.**

Wir empfehlen: **Was will die Zeit? Leitsätze des Sozialismus.** Ein von **Eduard Bernstein** herausgegebenes **Brevier** aus den Schriften der Begründer und Großmeister des sozialen Gedankens und der modernen Gesellschaftslehre, wie: **Karl Marx, Friedrich Engels, Ferdinand Lassalle, Rodbertus, Proudhon, Robert Owen u. a.** Gute Remittenden-Exempl., bisheriger Preis 1.80 für nur **50 Pfg.** **Buchhandlung Volkswacht.**

Wir empfehlen: **Hans Leuss** Aus dem Zuchthause. Anstatt 1,00 für **0,50 Mk.** Remittenden-Exemplare. **Buchhandlung Volkswacht.**

Das erste Lebensjahr von Dr. Silberstein. Kann jeder jungen Mutter zur Anschaffung empfohlen werden. Preis **20 Pfg.** Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

Tuberkulose-Museum. Zwingerstraße 13. Mittwoch geöffnet: 11-2 und 5-9 Uhr. Abends 8 1/2 Uhr: Führung und Vortrag des Herrn **Dr. med. Speck.** Eintritt frei! **Zurückgekehrt Dr. Wertheim** Spezial-Arzt für Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten 4221 **Gartenstraße 62.** 2 gebrauchte Singer-Maschinen für 15 und 24 Mk., sehr gut erhalten, bei **Rosenfeld, Neumarkt 1.** 13271

Die **spanische Hausfrau** bedarft mit Recht **Wolters echten Maiz-Kaffee.** (Auf Wunsch mit vollen Zugaben).

Wir brauchen Geld und verkaufen fehlerhafte, eingestaubte oder zurückgesetzte Waren besonders billig: 4082

4 Waschbürsten 5 Pfg.	1 Scheuerbürste 10 Pfg.
1 Federwedel 6 Pfg.	1 Sandseger 15 Pfg.
1 Zylinderputzer 6 Pfg.	1 Fensterbürste mit Stiel 15 Pfg.
1 Schmutzbürste 8 Pfg.	1 Wurzel-Schrubber 18 Pfg.
3 Schachteln Schuhwische 10 Pfg.	180 Wälder-Lammern 20 Pfg.
3 Feinschmierbürsten 10 Pfg.	1 Möbelpinsel, poliert 28 Pfg.
3 Kinderlämme 10 Pfg.	1 Schrubber 30 Pfg.
3 Summsauger 10 Pfg.	1 Teppichseger 32 Pfg.
1 Kleiderbürste mit Stiel 10 Pfg.	1 K. Dose Bohnermasse 35 Pfg.
1 Kristerlampe 10 Pfg.	1 Möbelbürste 38 Pfg.
1 Zahnbürste 10 Pfg.	1 Wascheleine 20 Mr. 52 Pfg.
1 Pfannenbürste 12 Pfg.	1 Rohhaarbesen 90 Pfg.

3 Scheuertücher mit grauer Mitte 40 Pfg. **London & Co., Oderstraße 5,** 2tes Viertel vom Ring.

Technische Monatshefte Diese reich illustrierte Zeitschrift bietet in gemeinverständlicher Weise bezeichnende und fesselnde Abhandlungen aus der Feder unserer ersten Fachschriftsteller. Das Abonnement kostet vierteljährlich **nur Mk. 1.75** im voraus zahlbar einschliesslich der Beiblätter „Technik und Schule“, „Technik u. Landwirtschaft“, „Technik u. Hygiene“. Ausserdem erhält jeder Abonnent kostenfrei **4 Werke namhafter Fachleute.** Zu beziehen durch: **Buchhandlung Volkswacht.**

K. E. Schmidt **Deutschland und die Deutschen** in der französischen Karikatur seit 1848. Mit 90 Abbildungen. Anstatt 1.20 Mk. nur **60 Pfg.** **Buchhandlung Volkswacht.**

Die Nonne. Roman von Denis Diderot anstatt 1.— nur **60 Pfg.** Gut erhaltene Remittenden-Exemplare. Zu beziehen durch die **Buchhandlung „Volkswacht“.**

Mittwoch, den 31. August 1910.

Anträge zum Parteitag in Magdeburg.

Tagesordnung des Parteitages.

Essen: Die Impfung auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen.

Düsseldorf: Die Steuerfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen.

Chemnitz und Halberstadt: Die badische Budgetbewilligung als Punkt 7 der Tagesordnung nach der preussischen Wahlrechtsfrage, der Reichsversicherungsordnung und dem Gewerkschaftswesen zu erörtern.

Agitation.

Bremen: Der Parteitag wolle beschließen, einige tüchtige Sozialpolitiker zu beauftragen, geeignetes Agitationsmaterial für die nächsten Reichstagswahlen zusammenzustellen, worin alle Fragen, die voraussichtlich im Wahlkampf zur Sprache kommen, gemeinverständlich in unserer Sprache zu beantworten sind. Zum Beispiel die Finanz- und Steuerpolitik, der Militarismus, die Kräfte, Ringe und die Agrarpolitik, die Arbeiterversicherungsfrage und anderes mehr. Dieses Material ist von sämtlichen Parteimitgliedern zum Selbstkostenpreis abzugeben, welche es in ihren Spalten mit dem Hinweis veröffentlichen, daß sich jeder intelligente Genosse diesen Stoff aufbewahre, um eventuell in den Wahlkampf eingreifen zu können.

Breslau und Breslau-Land: Zur Vertiefung und Erweiterung unserer Agitation soll durch Preisausstellungen des Deutschen Parteivorstandes ein durch Massenherstellung sehr billiges Schriftchen geschaffen werden, welches auf Kosten der einzelnen Wahlvereine jedem Parteimitglied, und jedem neuzutretenden Parteimitglied zu einem ist und an das folgende Bedingungen angeschlossen sind:

1. Ziel: Warum mußt du Sozialdemokrat sein?
2. Inhalt: Eine knappe, einfache Darstellung der sozialdemokratischen Grundgedanken, Aufgaben und Erfolge in besonders volkstümlicher, zu Herzen gehender und fremdsprachlicher Sprache.
3. Umfang: Höchstens 16 Druckseiten in Oktav.
4. Papier: Stark, anscheinlich und haltbar.
5. Druck: Besonders groß und klar.
6. Einband: Fest und dauerhaft, broschiert, mit einer anmutenden bildlichen Darstellung von Arbeit und Freiheit. Die Schrift ist, wenn möglich, so zeitig herzustellen, daß sie noch für die kommenden Reichstagswahlen wirken kann.

Organisation.

Schlitz: Der Parteitag gibt den Wahlkreisen das Recht, naturliche Bestimmungen dahin zu treffen, daß Parteimitglieder, welche auf Grund der Bestimmungen des Invaliden-Versicherungsgesetzes als dauernd invalid anerkannt sind, für die Dauer der Invalidität die Möglichkeit gegeben wird, durch einen geringen Beitrag, von welchem Prozente nicht an die Zentralkasse abzuführen sind, ihre Parteimitgliedschaft zu erhalten.

München I und II: Der Parteitag in Magdeburg beschließt: die Regelung der inneren Landespolitik der einzelnen Bundesstaaten erfolgt durch die Landesorganisationen und Instanzen, wie sie im deutschen Parteistatut vorgesehen sind.

Der Parteitag erwartet von jedem einzelnen Parteimitglied und jeder Vertretung der Partei in jeder Körperschaft, daß sie die Prinzipien des Sozialismus wahren und bei allen tatsächlichen Maßnahmen das Interesse der Partei zu fördern bestrebt sind.

Wien: Zur Herbeiführung einer größeren Einheitlichkeit in der Aktion und zur Vermeidung von Divergenzen ist das Zentralfrauenbureau mit dem Bureau des Parteivorstandes zu vereinen.

Freuenach: Dem Parteivorstand wird die Ermächtigung erteilt, denjenigen Wahlkreisen, die circa 200 Mitglieder haben, finanzielle Hilfe zu den Delegationskosten für die Besichtigung außerordentlicher oder solcher Parteitage zu gewähren, deren Tagesordnung außerordentlich wichtig ist, um bei der Abstimmung ein genaueres Bild über den Willen der Partei zu ergoßen.

Freiburg, Baden: Den Parteitag nur alle 2 Jahre abzuhalten.

Bremen: Der Parteitag beschließt, das Geschäftsjahr zur Vertiefung der einzelnen Wahlkreise an den Parteivorstand in Berlin mit dem 1. April beginnen und mit dem 31. März beenden zu lassen.

Frankfurt a. M.: Der Schluß des Geschäftsjahres der allgemeinen Parteioorganisation wird vom 30. Juni auf den 31. März verlegt.

17. sächsischer Kreis: Im § 6 des Organisationsstatuts an Stelle der Worte „bis zum 15. Juli“ zu setzen „bis zum 30. Juli“ dem Parteivorstand Bericht zu erstatten.

Berlin, 4. Kreis: Im Hinblick auf die letzten Vorgänge in Baden wird der Parteivorstand beauftragt, nach den Richtlinien des Antrages 167 (Parteitag Leipzig 1909) Mittel und Wege zu suchen, um dem Organisationsstatut der Partei die Möglichkeit der Abstimmung einzubringen.

Resolutionen zur Organisation.

Schlitz: In der Erwägung, daß der Parteivorstand den § 5 des Organisationsstatuts der Partei streng auslegt, daß noch demselben von allen regelmäßig erhobenen Beiträgen, also auch von den in einzelnen Zweigvereinen für bestimmte lokale Zwecke erhobenen Lokalaufschlägen 20 Prozent an die Zentralkasse abgeführt werden sollen und mit Rücksicht darauf, daß bei strenger Durchführung dieser Bestimmung das Kassensystem der Partei, insbesondere der Arbeiter mit zahlreichem, der Struktur der Bevölkerung nach verschiedenartigen Vorkäufen, wesentlich erschwert wird und gewisse lokale Aufgaben darunter leiden, spricht sich der Parteitag dahin aus:

1. daß von Lokalaufschlägen, sofern sie nicht von allen Mitgliedern des Kreises einheitlich erhoben und durch die Kreis-Kasse verrechnet werden, die 20 Prozent nicht an die Zentralkasse abzuführen sind.

Solingen: Die Generalversammlung bedauert, daß die Bestimmungen des Organisationsstatuts über das Geschäftsjahr dem Parteivorstand nicht gehalten, den Geschäftsbericht der Partei zeitig genug zu veröffentlichen, um den Organisationen die Möglichkeit zu geben, sich bei ihrer Stellungnahme zum Parteitag bereits damit zu befassen und so eine sichere Grundlage zu gewinnen für die Beurteilung und eine etwaige Kritik an der Tätigkeit der Gesamtpartei. Die Generalversammlung bittet den Parteivorstand, sich diesem Verhalten anzuschließen und den Parteivorstand zu ersuchen, bei der nächsten Revision des Organisationsstatuts auf eine Abstellung dieses Unzustandes Bedacht zu nehmen.

Berlin, 6. Kreis, Leipzig und fünf Genossen: Der Parteitag möge einen Beschluß fassen dahingehend, daß die Genossen im Reich verpflichtet werden, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur Genossen, also Kandidaten aufzustellen, die gewählt sind und sich dazu durch eine ganz klare und unmissverständliche schriftliche Erklärung bereit erklären, strikte im Geiste unserer proletarischen revolutionären Prinzipien des Klassenkampfes und der aus diesen heraus gebotenen Taktik — welche also jede Konzeption an die bürgerliche Gesellschaft, jede Bundesgenossenschaft und jedes Parteilager mit den bürgerlichen Parteien sowie das Bestreben, durch diplomatische Mittel die Partei zu erschleichen, auszuschließen — ihr Mandat auszusprechen. Die Forderung der Erklärung hätte sich auch auf die bereits nominierten Kandidaten zu erstrecken. Im Fall der Verweigerung der Erklärung sollte von der Kandidatur unbedingt Abstand genommen werden.

Jugendorganisation.

Wien, Stadt und Land: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird ersucht, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu dem Zwecke in Verbindung zu setzen, um zu erörtern, ob es nicht angebracht ist, in Zukunft die Jugendauschüsse zu gleichen Teilen aus Erwachsenen und Vertretern der freien Jugend zusammenzusetzen.

Resolution zum Programm.

Mühlhausen: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag erklärt, daß das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, unter Forderung der sukzessive steigenden Einkommen- und Vermögenssteuer sowie der Erbschaftsteuer, den Parteigenossen im Reich, in den Einzelstaaten und in den Gemeinden den Kampf gegen das System der indirekten Steuern zur Aufgabe und Pflicht macht. Diese Aufgabe ist auch in der Kommunalpolitik um so enger aufzufassen, je mehr die herrschenden Klassen im Reich die im ungeheure wachsenden Ausgaben für Rüstungszwecke durch das Mittel der indirekten Besteuerung den Schultern der breiten Massen aufbürden, so daß der Kampf gegen die indirekten Steuern in zunehmendem Maße zum allgemeinen, immer weitere Kreise interessierenden Volkskampf wird.

Mit dieser Erklärung weist es der Parteitag zurück, daß auf der Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindegemeinderäte in Leipzig am 20. Februar d. J. die Zustimmung der Reichstagsfraktion zum Verbot der Weitererhebung kommunaler Nahrungsmitteleinlagen im § 13 des Zolltarifgesetzes von 1902 als „keine arbeitserfreundliche, sondern Mittelstandspolitik“ angefochten worden ist und daß hieron ausgehend die Mehrheit der sozialdemokratischen Landeskonferenzen vom 17. Juli d. J. eine Resolution annahm, die den Kampf gegen das System der indirekten Steuern in der Kommunalpolitik abzuschwächen oder zu verlagern geeignet ist. Der Parteitag verurteilt es, daß aus einer solchen, dem Parteiprogramm in der bisherigen Taktik der Partei entgegenstehenden

den Auffassung heraus sozialdemokratische Gemeindegemeinderäte der sogar der Erhöhung der Schlichtgebühren als Beitrag für fortgesetztes Wohl zugestimmt haben, ohne daß der Parteivorstand des Bezirks diese Zustimmung erigte und ohne daß die Landeskonferenz der Partei es für nötig hielt, zur Vermeidung solcher Entgleisungen, die der Partei im Kampfe gegen die indirekten Steuern Hindernisse bereiten, eine Resolution auszusprechen.

Kaiserei.

München: Der 1. Mai darf nur durch Arbeitstrube gefeiert werden.

Heilbrunn: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, aufs neue mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, in Unterhandlung einzutreten bezüglich der Bildung der Kaiserfeierkommission; diese soll bezwecken:

1. daß die Beiträge an den Fonds in ganz Deutschland einheitlich sind;

2. daß die Organisationen der Gewerkschaften und der Partei die Garantie der Zahlung übernehmen;

3. daß die Überträge der Fester voll und ganz an den Fonds abgeführt werden.

Kranenburg, Genosse A. Bähr: Der Parteitag wolle beschließen: Alle Parteigenossen, die den 1. Mai ohne Lohnverlust feiern, ebenso alle Genossen, die am 1. Mai arbeiten, sind verpflichtet, einen Beitrag im Höhe von mindestens 25 Prozent des Lohnes oder Gehaltes für den Tag — bei Monatsgehalt auch dann, wenn der 1. Mai auf einen Sonntag fällt — an den örtlichen Parteikassierern gegen Quittungsmarken zu zahlen. Die eingehenden Beiträge sind, um örtliche Beschlässe zu verhindern, deren Folgen für die Gesamtheit sich nicht übersehen lassen, ungeachtet auf den Kassierern der sozialdemokratischen Partei Deutschlands einzuliegen. Die Quittungsmarken werden im Einheitsbeitrag von 50 Pfennig vom Parteikassierer bezogen und mit diesem bis spätestens Ende Mai gesondert berechnet; bei der Abrechnung sind die übrigen Marken wieder mit zurückzugeben. Die Rechnungslegung über den Markfonds erfolgt im Jahresbericht des Parteivorstandes der Partei.

Johanngeorgenstadt: Resolution: Die am 18. August tagende Versammlung des sozialdemokratischen Parteivorstandes zu Johanngeorgenstadt erklärt, daß ein solches Fester des 1. Mai nur durch Arbeitstrube zu begehen ist.

Die Versammlung erwartet daher von dem Parteitag, daß er den Meinungen, die eine Verlegung der Kaiserfeier auf einen Sonntag fordern, mit Entschiedenheit entgegenzutreten wird.

Press- und Literar.

Kleinodorf, Genosse Fuchs: Der Parteitag möge beschließen, den „Vorkämpfer“ in Wochenabteilungen zu 25 Pfennig abzugeben.

Leipzig-Beeskow: Der Parteivorstand und die Parteikommission des Vorkämpfers mögen die Herausgabe eines Monatsblattes in die Wege leiten.

Leipzig-Beeskow: Der Parteitag möge die Herausgabe einer eigenen Absetzung beschließen.

Niederbarnim: Der Parteitag möge sich mit der Frage der Schaffung einer Monatszeitung als Beilage zur „Volkswacht“ befassen. Dieselbe soll den Anforderungen der Arbeiterfamilien entsprechen und ihre Einführung eine sofortige sein.

Ludwigshafen: Der Frauenzeitung „Gleichheit“ sind Schnittmusterbogen mit Erklärungen beizufügen.

Krefeld: Den „Wahren Jakob“ jede Woche erscheinen zu lassen.

Düsseldorf: Der Parteitag möge beschließen: Der „Neuen Welt“ ist eine Beilage für Frauen, deren Inhalt wirtschaftlich bezuglos und zwar monatlich mindestens einmal.

Niederbarnim, Genosse Kette: Der Parteitag wolle beschließen:

1. Die „Neue Welt“ erscheint vom nächsten Jahrgang ab in einer dem Titel, dem Inhalt und dem modernen Kampf empfinden entsprechenden Ausstattung.

2. Der internationalen Bedeutung der „Neuen Welt“ entsprechend und um die Leserschaft auch den ausländischen Genossen, die der deutschen Sprache wohl mächtig sind, denen oder die deutschen (gothischen) Schriftzeichen Schwierigkeiten bereiten, zu erleichtern, daß der Schriftsatz in lateinischen Lettern zu erfolgen.

Wien: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Vorträge des Genossen Engelbert Graf über Reichsgeschichte zu erweitern und zu ergänzen und in Form eines Broschüre für den Massenabdruck herzustellen.

Essen: Der Parteitag wolle beschließen: 1. Den Parteivorstand zu ersuchen, über alle sozialpolitischen Gesetze, die im Reichstag verhandelt werden, Broschüren

Zur Kaiserrede.

Thesen.

Der Kaiser spricht:

1. Ich bin ein Instrument in des Höchsten Hand. Von Ihm, nicht von dieser Welt ist mein Reich.
2. Die Geschichte meines Hauses und des daran hängenden Landes ist die des auserwählten Stammes. Seine Glieder tun, was sie tun, aus eigenem Recht, das bedeutet, sie vollführen den Willen Gottes.
3. So auch ich: Gott vollführt durch mich, was er vorhat. Darum lehre ich mich nicht an das anmaßende Volk, seine Parlamente und seine Versammlungen.
4. Darum stabilere ich als Meinen besto. Gottes Willen: Nur auf einem Gebiet gebe es Fortschritt im Reich, auf dem der Königen! Es wird weiter gerüstet!
5. Gehorsam und Respekt vor allem, was alt ist, sollen die Grundpfeiler der Erziehung sein. Denn so brauch ich Mein Volk.
6. Das Streben der Frau nach politischen Rechten paßt mir nicht. Die Frauenbewegung höre also auf!
7. Ich bestimme allein, was für mein Volk gut ist, und weiß, jedem seinen Platz zur Arbeit an.

„L'état c'est moi.“

Voluntas regis (sive dei) suprema lex.

(Der Wille des Königs (besto. Gottes) ist das höchste Gesetz.)

Kritikthesen.

Das Volk spricht:

1. Nahezu, diese Anschauung ist die notwendige Ideologie einer Klasse mit spezifisch preussischem Einschlag. Sie ist nichts als ein Versuch, eure Neigung zum Absolutismus ethisch und religiös zu fundieren.
- „Seh' Dir Verleiden von Millionen Vöden, Seh' Deinen Fuß auf ellenhohe Soden, Du bleibst doch immer, was Du bist.“

2. Ohne diese Fiktion verstanden Ihr die Welt nicht und gingt vielleicht ins Kloster wie weiland Karl V. Wir, ohne diese Fiktion, sehen Euer Haus emporgehoben durch die wirtschaftliche, Entwicklung zum Kapitalismus. Ihr seid nichts als die Verkörper dieser von uns nicht aus Willkür, sondern unter dem Zwange der Entwicklung bestimpten Gesellschaftsordnung.

3. Eure historisch gewordene Gewalt wird hinweggefegt werden, ob Ihr Euch daran lehrt oder nicht, durch die mächtige Gesellschaft der Arbeitenden, die ihre Arbeit und ihr Geschick selbst leiste.

4. Wir wollen nicht den verkappten Krieg der Völk. Des Widerspiel der anarchischen Konkurrenz im Wirtschaftleben, sondern wir wollen den wahren, auf der Interessengemeinschaft der Arbeit beruhenden Frieden.

5. Gehorsam werden unsere Söhne lernen vor dem selbst gegebenen Gesetz, nicht dem ausgehängenen, und Achtung vor der immerwährenden Revolution aller Dinge.

6. Nicht wir, die von Euch vertretene Ordnung zertrümmert Familie und Haus, das alte Reich der Frau. Wir werden ihr die Rechte geben, deren sie als Arbeiterin und Mutter bedarf, ohne Furcht, die Rechte des Mannes zu verflümmern.

7. Und wir stabilieren wie einen „rocher de bronze“: „Der Staat, das sind wir.“

Voluntas populi suprema lex.

(Der Wille des Volkes sei das höchste Gesetz.)

Fritz Eisner.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Reue vom Schauspieler-Gesund. Unser Altenberger Parteivorstand berichtet: Am Sonnabend stellte sich eine von dem Sommertheaterunternehmer Rolff eingestellte Dame vor, unter Vorlage von Briefen, Telegramm, Kontostatt x., aus denen zu entnehmen war, daß sie in der Rolle der Kaiserin — Reue — in der Oper „Reue“ — die Unternehmung Rolff sein Geschäft — im „Schauspielhaus“ und für ein Wintertheater in Eisenberg eingekauft worden dem Gesand, das auch den Reue besetzt, die andere unterhalten müssen, kann man sich einen ungefähren Begriff machen, wenn man hört, daß Rolff die Dame als Sängerin und Schauspielerin mit Chorverpflichtung eingestellt hatte für den monatlichen Nebenlohn von 80 Mark. Die Dame hat die Stelle um dieses geringe Geld angenommen, weil ihr Rolff geschrieben hatte: „Sie finden hier in dieser billigen Welt mit 80 Mark. billiges Draufkommen, Wohnung z. B. kostet bis zu 18 Mark monatlich“, und weil es allgemein üblich sei, den Damen mit Chorverpflichtung die Garderobe zu stellen. Als die Dame am Donnerstag Abend Herber kam, machte sie zunächst im Hotel, wo sie übernachtete, die Erfahrung, daß es mit der „billigen Welt“ des Herrn Rolff nicht ist. Dieser Erfahrung folgten im Laufe des nächsten Tages noch einige andere ebenso betrüblicher Natur. Mit Ach und Krach fand sie eine häßlich ausgestattete Wohnung, die man ihr „ganz billig“ für 15 Mark monatlich hätte ablassen wollen. Weiter fand sie, daß der Lebensunterhalt hier in jeder Beziehung teurer ist als in Berlin und, um allem die Krone aufzusetzen, erfuhr sie noch, daß die Chorverpflichtung auch noch die Postkarte selber stellen müsse. Bei einem monatlichen Lohn von 80 Mark! Die Dame war so wenig von der Möglichkeit überzeugt, mit diesem Gelde leben zu können, daß sie meinte, es sei einfach unmöglich, hier mit 80 Mark leben zu können, wenn man nicht einen Nebenverdienst macht. Als die Dame am Sonnabend Vormittag den Unternehmung Rolff wegen seiner „billigen Welt“ mit dem „billigen Draufkommen“ x. zur Rede stellte, warnte er sie, ein unerschütterliches Frauenzimmer, und forderte sie auf, sofort das Geschäft zu verlassen, sonst würde er sie wegen Hausfriedensbruchs verklagen.

Kommentar überflüssig.

Königsberg.

Aus der Hand fällt mir die Feder, Und zu Salz essert ich gleich. Warum gibt man so vom Feder, Während Feder ist im Reich?

Blau wie 4 Jahre Dunkel, Noch bei und 4 Wochen, Gericht zu seiner Hand: 2 Monate, Gott sei Dank, ist die nicht bel.

Sollen wir nicht diesen alles, Und den Reiches Wachen, Was ist denn das für ein Wachen, Was ist denn das für ein Wachen?

Was ist denn das für ein Wachen, Was ist denn das für ein Wachen, Was ist denn das für ein Wachen, Was ist denn das für ein Wachen?

...während der Verhandlung ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

...während der Verhandlung ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Der Parteivorstand ...

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Nach Arbeiter.

Es ist eine bekümmende Tatsache, daß es unter den Handwerkerstellen und Arbeitern, meist aber unter den Handwerkerstellen, Bureaubeamten und Lehrern, noch viele gibt, die immer noch glauben, mit Gehobenen auf den einfachen Arbeiter herabzusehen zu können. Diese eingebildeten sogenannten Standesunterschiede machen sich natürlich in der Regel dort breit, wo Unkenntnis der Dinge und des Lebens, vermischt mit künstlich großgeheugenen Massenhaß, Hand in Hand gehen. In einem anderen Orte kann man dies besser beobachten, als in der Kleinstadt. Die ins Ungeheure ausgeartete Vereinnahmung trägt nicht zum geringen Teile eine erhebliche Schuld daran. Die Kömme auch ein Meisterhahn oder ein Kaufmann oder gar ein Beamter mit einem Handwerkerstellen zusammen Turnen oder Singen oder einen anderen gesunden Sport treiben? Abgesehen von diesen Dingen, die äußere Wohlfahrt und die geistige Kultur als den Inbegriff eines vollständigen Menschen betrachten, sind es aber leider auch die Arbeiter untereinander, welche durchwegs nicht das Gemeinsame ihrer Interessen begreifen können, ja sich oft gegenseitig noch in der Meinung ihrer Klammern herabzusehen suchen. Meist sogar noch aus reinlichen persönlichen Motiven. Daß dadurch bloß den Interessen ihrer politischen und wirtschaftlichen Gegner gedient ist, kommt nicht zum Bewußtsein. Ja, um sich beliebt zu machen, läßt man sich noch als Verleumder seiner eigenen Klammern gebrauchen, statt als die Entschiedensten an einem Stränge zu ziehen. Wäre, ein fruchtbares Zeichen der Zeit, wo die Arbeiter aller Berufe mehr denn je Ursache hätten, sich fest zusammenzuschließen. Das Wort „Solidarität“ (Gemeinsamkeit) ist ihnen ein fremder Begriff. Und dabei müssen sie tagtäglich erkennen, daß gerade die Unternehmer aus der Unmöglichkeit der Arbeiter den größten Vorteil ziehen.

In politischen oder gewerkschaftlichen Versammlungen gerieten sie stets „Nach Arbeiter“ aus Furcht vor den Meistern nicht hin, die Verleumdungen oder Verdächtigungen aus dem Hinterhalte, alldies ihnen niemand das Verleichte ihrer Handlungsweise widerlegen kann, ist bequemer und gesünder. Wird nun gar einmal in der Presse diesen Leuten auf die Finger geklopft oder werden Mißstände in ihrer Werkstatt an die Öffentlichkeit gebracht, dann wird man diese Sorte Menschen stets auf Seite der Unternehmer finden. Wenn sie auch selbst darunter leiden müssen. Bloß damit sie in nicht in den Verdacht gelangen, sie hätten zu übergeben. Als wir kürzlich die niedrigen Löhne und die lange Arbeitszeit einiger Schrägler Gewerbebetriebe in Posen und daran die Bemerkung knüpften, daß dies nur dem Indifferentismus und der Unmöglichkeit der Arbeiter untereinander zuzuschreiben sei, daß im Gegensatz zu einem anderen, beruflich gleichen Betriebe, durch die Zugehörigkeit zur Organisation ungleich bedeutend höhere Löhne herrschen, wurde auf jener Seite ein großes Geschrei erhoben. Erklärten doch manche in ihrem hohen wichtige Leute, darunter solche, die schon ein kleines Menschenalter hindurch in ein und derselben Fabrik tätig sind, daß sie mit dem „15 Mark-Wochenlohn“ sehr zufrieden seien. In dieser Selbstzufriedenheit gegenüber den immer höher steigenden Lebensmittelpreisen wird natürlich jeder Organisationsversuch scheitern müssen. Diese Leute werden eben ihre Klassenlage nie begreifen, sie werden eher der organisierten Arbeiterschaft Knüttel zwischen die Beine werfen. Und doch wird die letztere über solche Namenlosen zur Tagesordnung übergehen.

Siegen, 30. August. Auf Grund des Prof. G. S. Die Siegen'sche Eisenfabrik und Maschinenfabrik Leichter u. Sohn ist aus folgende Veranlassung: Es entspricht nicht den Tatsachen, daß unsere Arbeiterschaft gezwungen worden ist, bis 12 Uhr Abends Überstunden zu machen, sondern hat sich die Arbeiterschaft nach vorheriger mündlicher Vereinbarung und Besprechung dazu bereit erklärt. Auf Grund gegenseitigen Uebereinstimmens und freiwilliger Zugeständnisse untereinander wurde für die Überstunden ein Zuschlag von 15 Pfennig bezahlt. Es entspricht nicht der Wahrheit, daß wir entgegen den Vereinbarungen mit der Arbeiterschaft die Überstunden willkürlich bezahlet haben, sondern sind auf Wunsch der Arbeiterschaft die Überstunden an zwei Tagen in der Woche bis 10 Uhr bezahlet worden. Wir haben, als wir vor Beginn des Streiks Überstunden forderten, ausdrücklich durch Anschlag bekannt gegeben, daß wir bereitwillig Wünsche der Arbeiterschaft über Zeit und Dauer der Überstunden entgegennehmen wollen. Die Antwort darauf war eine uns schriftlich zugesandte Resolution, welche angeblich von der gesamten Arbeiterschaft gefordert worden ist, daß überhaupt keine Überstunden mehr gemacht werden würden. Die Folge dieses rücksichtslosen Vorgehens war die Entlassung eines Hauptagitatoren, der sich außerdem persönlich höchst ungebührlich benommen hatte. Als man von uns die WiederEinstellung des Arbeiters verlangte und wir dies mit Recht ablehnten, verließen sämtliche Maschinenarbeiter ihre Arbeitsstätten, worauf wir den gesamten Betrieb still legen ließen, da wir ohne die Maschinenarbeiter den Weiterbetrieb nicht aufrecht erhalten konnten, da ja teilweise schon Mangel an vorräthigen mechanischen Bestandteilen war und deshalb ja auch nur von den Maschinenarbeitern Überstunden verlangt wurden. Ihre Schlussbemerkung, daß der Inhaber der Firma aus dem Gewinne geraten wäre und höchst eigenhändig die Forderung gestellt habe, ist eine lächerliche Erfindung und ersuchen wir Sie auch um Richtigstellung dieser Dinge.

Zu vorstehender Veranlassung, des ausserordentlichen Herrn Leichter sei hier vorausgeschickt, daß durch diese „Richtigstellung“ an unsrem in Nr. 200 der „Vollwacht“ veröffentlichten Bericht nichts geändert wird. Zum Beweise dessen lassen wir nachstehend die Stellung der Ausgesprochenen zu der Richtigstellung sich wie folgt äußern: „Es ist wahr, daß für mich Arbeiter erlassen wurden. Es ist wahr, daß die Überstunden in den letzten Jahren 15 Pfennig waren, das heißt nach drei bis vier Wochen Pause kamen wieder, bis vier Wochen lang, Überstunden, die sich in einigen Perioden sogar bis 12 Uhr Nachts ausdehnten. Die bisher geleisteten Überstunden sind nur teilweise durch gegenseitige Vereinbarung geregelt gewesen, teilweise wurden sie gefordert durch Fabrikbesitzer ohne irgend welche Vereinbarung. Die jetzt geforderten Überstunden, wegen deren wir ausgedrückt wurden, wurden gefordert durch Fabrikbesitzer. Nach vorstehendem Berichtungsstand der Dreyer und Fabrikbesitzer wurden darum diese Überstunden bezahlet und zwar wurde Herrn L. dies in Form einer Resolution mitgeteilt, welche eine von der Versammlung gewählte Kommission übermittelte. Der Obmann dieser Kommission (ein Fabrikbesitzer) wurde daraufhin entlassen, angeblich wegen ungebührlichen Benehmens. Keinem der anderen Kommissionsmitglieder ist jedoch bemerkt, daß Herr Obmann sich ungebührlich betragen hätte. Auch

Der Obmann der Resolution ...

Sonnt die Ausgesprochenen ...

Goldberg, 30. August. Warnung für Radfahrer ...

Ein Messerhieb. Durch den Gendarmeriewachmeister ...

Dem Namen nach zu urteilen, handelt es sich wieder einmal ...

Gießberg, 30. August. Entzweiung. Am Sonntag ...

Schreibmühl, 29. August. Töblicher Unglücksfall. Am 27. August ...

Aus den Gerichtssälen.

Wieder einmal ist die bestialische Robei „alter Leute“, die den ...

Verehrliche Salem Aleikum-Raucher!
Durch Verbilligung der Verpackung, sowie durch beiderseitige Übernahme der Rohabakmehrkosten durch Fabrikant und Händler wird die
Salem Aleikum - Cigarette
in der alten berühmten Qualität
zu folgenden Preisen weitergeliefert
Nr. 5/1 4 5 6 8 10
3 1/2 4 5 6 8 10 Pfg. d. St.
Orient. Tab. u. YENIDZE Inh. Hugo Zietz, Dresden.